



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Nachhaltige Familienpolitik.

Zukunftssicherung durch einen Dreiklang
von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik
und Infrastrukturpolitik

Gutachten
von Prof. Dr. Hans Bertram,
Dipl. Soz. Wiebke Rösler
und Dipl. Soz. Nancy Ehlert

Inhalt

I.	Einleitung	6
II.	Kinderlosigkeit und die Hingabe an den Beruf	10
2.1	Kinderlosigkeit	10
2.2	Opportunitätskosten versus Hingabe an den Beruf	13
III.	Zeitliche Flexibilisierung und Elterngeld	17
IV.	Abhängigkeit von den Eltern und Strategien zur Selbstständigkeit	20
V.	Präferenzen zur Vereinbarkeit	27
5.1	Präferenz und tatsächliches Verhalten	30
5.2	Präferenz und Geburtenrate	37
VI.	Szenarien zur Geburtenentwicklung	41
VII.	Auflösung der Rushhour	45
VIII.	Fragt die Frauen!	47
IX.	Zusammenfassung	49
X.	Literatur	51
XI.	Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	53

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Geburtsjahrgänge nach Paritäten, Deutschland	11
Abbildung 2:	Länder-TFRs nach Paritäten.....	12
Abbildung 3:	TFR unter der Annahme einer geringeren Kinderlosigkeit	13
Abbildung 4:	Kinderlosigkeit von 40–44-jährigen Frauen in Deutschland und Amerika nach dem Bildungsabschluss, im Jahr 1998.....	14
Abbildung 5:	Frauen ohne Kinder im Haushalt in Deutschland nach dem persönlichen Nettoeinkommen in DM und dem Alter	15
Abbildung 6:	Kinderlosigkeit von Frauen im Alter zw. 40–44 Jahren nach dem Ehestand und der höchsten Berufsausbildung.....	20
Abbildung 6.1:	Kinderlosigkeit von Männern im Alter zw. 40–44 Jahren nach dem Ehestand und der höchsten Berufsausbildung.....	21
Abbildung 7:	Die Verteilung der Arbeitstypen für Männer und Frauen in Großbritannien, Spanien und Deutschland	29
Abbildung 8:	Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit vom höchsten Schulabschluss, 2000	31
Abbildung 9:	Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit vom gewichteten Pro-Kopf-Familieneinkommen, 2000.....	32
Abbildung 10:	Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit von der Kinderzahl, 2000	33
Abbildung 11:	Präferierte Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit vom höchsten Schulabschluss, 2000.....	34
Abbildung 12:	Präferierte Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist, in Abhängigkeit von der Kinderzahl, 2000.	35
Abbildung 12.1:	Präferierte Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind zur Schule geht, in Abhängigkeit von der Kinderzahl, 2000	36
Abbildung 13:	Geburtenrate 40- bis 44-jähriger Frauen nach Arbeitstypen.....	38
Abbildung 14:	Geburtenrate 30- bis 50-jähriger Frauen nach präferierten Arbeitstypen	39
Abbildung 15:	TFR unter Zeit-Szenario.....	42
Abbildung 16:	TFR unter Präferenz-Szenario.....	43
Abbildung 17:	TFR unter Mehrkinder-Szenario	44

I.

Einleitung

Nachhaltige Familienpolitik begründet ihren Anspruch auf der Gestaltung der Rahmenbedingungen familiären Lebens mit dem Grundsatz, zukünftigen Generationen die gleichen Chancen zur Gestaltung eigener Lebensvorstellungen und Ziele zu ermöglichen, wie das für die jetzt aktive Generation möglich ist. Dieser Grundsatz, dass die jetzt aktive Generation ihre eigenen politischen Entscheidungen so gestalten soll, dass auch zukünftige Generationen Gestaltungsspielräume für ihre eigenen Lebensvorstellungen haben, hat eine lange und bewährte Tradition in der Umweltpolitik und gilt inzwischen aber auch für viele Bereiche der Finanz-, Renten- und Gesundheitspolitik. Als Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik nennt Rürup (2002, S. 9) die Sicherung einer ausreichenden Kinderzahl, um der Alterung der Gesellschaft entgegenzuwirken, und die Integration der Frauen in das Erwerbsleben, um einem antizipierten Mangel an Fachkräften entgegenwirken zu können.

Da in modernen Wohlfahrtsstaaten Kinder für die eigene Existenzsicherung im Alter nicht mehr notwendig sind, sondern im Wesentlichen geboren werden, um das Leben der Eltern zu bereichern, werden dann in der Regel zu wenig Kinder geboren, wenn die Aufwendungen für Kinder (Opportunitätskosten) sehr hoch werden und bei einer Entscheidung für Kinder handfeste und erkennbare Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen Eltern davon abhalten, sich für Kinder zu entscheiden (Rürup 2002, S. 49ff). Daher ist es notwendig, die Opportunitätskosten für Kinder zu senken, damit Kinderwünsche eher realisiert werden können, und gleichzeitig sicherzustellen, dass Benachteiligungen von Müttern im Beruf durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen oder beseitigt werden.

Rürup weist selbst daraufhin, dass diese ökonomische Interpretation von Nachhaltigkeit andere Aspekte bei der Entscheidung für Kinder außer Acht lässt. Er nennt kulturelle, emotionale und moralische Einstellungen und Werte (Rürup 2002, S. 51). Aber durch diese Beschränkung zunächst nur auf ökonomische Aspekte lässt sich der Zusammenhang zwischen Verbesserung der Infrastruktur für Kinder (Ausbau der Kinderbetreuung) und einer Verbesserung der Abstimmung der Zeiten zwischen Arbeit und Kinderbetreuung und der Wahrscheinlichkeit, dass junge Erwachsene sich eher für Kinder entscheiden und dass Mütter erwerbstätig bleiben, ökonomisch klar begründen. Denn mit einer solchen Politik kann sichergestellt werden, dass Haushalte auch beim Vorhandensein von Kindern auf zwei (individuelle) Einkommen zugreifen können; gleichzeitig ermöglichen die Kinderbetreuung sowie flexible Arbeitszeitmodelle, dass die Anforderungen der Arbeitswelt ohne Benachteiligung für diejenigen, die sich für Kinder entscheiden, erfüllt werden können.

Diese in sich konsistente und theoretisch gut nachvollziehbare ökonomische Argumentation wird in diesem Gutachten erweitert um einige demographische und familiensoziologische Argumente, um deutlich zu machen, dass eine nachhaltige Familienpolitik auf einem

Mix aus Infrastrukturpolitik, Zeitpolitik und finanzieller Transferpolitik aufbauen muss, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jungen Erwachsenen ermöglichen ihre Zukunft gemeinsam und gemeinsam mit Kindern zu planen und zu realisieren.

Die Erweiterung ist auch notwendig, weil die geringe Geburtenrate in Deutschland nicht allein durch hohe Kinderlosigkeit erklärt werden kann (Monitor BMFSFJ 2005), sondern im Wesentlichen auf das Zurückgehen der Mehrkinderfamilie zurückzuführen ist. Nachhaltige Familienpolitik muss so angelegt sein, dass sie die unterschiedlichen Lebensvorstellungen und Planungen zur Familiengründung und Erweiterung unterstützt. Dies werden wir durch einen Vergleich der Entwicklungen in Deutschland und den USA deutlich machen.

Wir werden zum Zweiten in diesem Gutachten herausarbeiten, dass die Berücksichtigung der Präferenzen und Einstellungen zu einer Ausdifferenzierung der Vorstellungen über die Lebensentwürfe der jungen Generation führt. Dabei folgen wir im Wesentlichen Catherine Hakim von der London School of Economics, die seit langem fordert: „Listen to the Women“ (2003b). Denn die Motive und Einstellungen junger Frauen in Bezug auf Kinder und Beruf unterscheiden sich deutlich von männlichen Lebensvorstellungen, eine These, die schon Anfang der 80er Jahre von Seidenspinner und Burger vertreten wurde; zudem stellen die jungen Frauen auch keine in sich homogene Gruppe dar. Wir werden in diesem Gutachten einen Teil der Annahmen von Hakims international vergleichender Studie der Länder Spanien und England auf Deutschland anwenden. Dazu werden wir Frauen entsprechend ihrer unterschiedlichen Präferenzen in drei Gruppen einteilen und zeigen, dass nur ein intelligenter Mix aus Zeitoptionen, Infrastrukturangeboten und Geldtransfers diesen unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht werden kann.

Die Bundesrepublik Deutschland hat wie viele Länder in die Entwicklung der beruflichen Qualifikationen der nachwachsenden Generation investiert. Sie hat aber bisher wenig an Ideen und Vorstellungen zum Zusammenhang von Zeitdauer von Bildung und Selbstständigkeit junger Erwachsener entwickelt. An diesem Beispiel wollen wir zeigen, dass Zeitpolitik nicht allein eine Politik ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen kann, sondern Zeitpolitik auch eine Lebensverlaufsperspektive benötigt. Denn in diesem Alter werden Zukunftspläne entwickelt und dann auch realisiert oder gegebenenfalls geändert.

Die Diskussion und Überprüfung dieser Annahmen ist nicht nur von akademischer Bedeutung, sondern hat zentrale politische Implikationen. Wenn wir nämlich davon ausgehen, dass eine nachhaltige Familienpolitik zu den Rahmenbedingungen beitragen soll, die es der nachwachsenden Generation möglich machen, das eigene Leben auch nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, dann kann eine Familienpolitik nur dann als nachhaltig angesehen werden, wenn sie zu diesem Ziel beiträgt.

Der ökonomische Ansatz einer nachhaltigen Familienpolitik, wie ihn Rürup skizziert, sieht die Zukunft der Gesellschaft im Wesentlichen von der Ausschöpfung der Humanressourcen für die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft abhängig. Dieses ist eine richtige Einsicht, weil jene Länder, die in die Bildung und Entwicklung der Kompetenzen ihrer Bevölkerungen viel investiert haben, in der Regel auch über eine gesunde ökonomische Entwicklung verfügen. Die Zukunft einer Gesellschaft wird aber auch entscheidend davon bestimmt, dass die nachwachsende Generation die Verpflichtungen, die ihr die gegenwärtige Generation hinterlässt, auch als Verpflichtung annimmt und es akzeptiert, dafür zu

arbeiten und Leistungen zu erbringen. Wie aus der Geschichte des Alters in Europa aber deutlich wird, ist das keinesfalls selbstverständlich; vielmehr hat diese Akzeptanz immer zu den großen kulturellen Leistungen gehört, welche die gesellschaftliche Solidarität zwischen den Generationen ermöglichten (Borscheid, 1994).

Dabei geht es nicht nur um die Bereitschaft, die in Zukunft anfallenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber der älteren Generation auf der Basis einer eigenen hoch entwickelten Bildungskompetenz und Leistungsorientierung zu erfüllen. Es geht auch darum, dass die jüngere Generation es als einen Teil ihrer eigenen persönlichen Lebensgestaltung empfindet, persönliche Fürsorge und Unterstützung gegenüber der älteren Generation zu erbringen. Auch diese Form der Generationensolidarität, die moralische Obligationen der jetzigen Generation der aktiven Bevölkerung gegenüber den eigenen Eltern beinhaltet, muss in Zukunft erbracht werden, weil sonst die gegenwärtig aktive Generation erhebliche Zukunftsprobleme haben dürfte. Nachhaltige Familienpolitik muss sich eben auch daran messen lassen, ob und inwieweit sie Entwicklungen zu einer Solidarität zwischen den Generationen fördert.

Wir lassen uns bei der Analyse von der Annahme leiten, dass der dramatische Geburtenrückgang und die damit verbundene Gefährdung einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft Ergebnis dreier Revolutionen ist, die wir zwar alle erlebt haben, ohne aber bisher im Gegensatz zu anderen Ländern darauf wirklich reagiert zu haben:

- Die Dreiteilung des Lebensverlaufs in Kindheit/Jugend, Erwachsenenalter mit Beruf und Lebensabend als Normalentwurf des Lebensverlaufs des Industriearbeiters in der Industriegesellschaft korrespondierte mit der Dreiteilung des weiblichen Lebensverlaufs in Kindheit/Jugend, Arbeit für Aussteuer, Mutterrolle bzw. Großmutterrolle. Die demographische Revolution der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts hat diese Dreiteilung in Frage gestellt. Besonders deutlich wird das am Auseinandertreten der „quasi natürlichen Einheit“ von Mutter- und Frauenrolle.
- Die Abwertung der Haushaltsökonomie und die damit verbundene außerhäusliche Erwerbstätigkeit des Mannes und seit Mitte der 70er Jahre auch der Frau und Mutter führt notwendigerweise zu der Frage, wie in Zukunft in modernen Gesellschaften die Solidarität zwischen den Generationen organisiert und gesichert werden kann, weil im traditionellen Modell der Industriegesellschaft die private Fürsorge im Wesentlichen weiblich organisiert war, da sie mit der Mutterrolle verbunden war. Die ökonomische Betrachtungsweise der Mutterrolle thematisiert fast ausschließlich die Mutter-Kind-Beziehung und übersieht dabei, dass die Familie als zentraler Ort gesellschaftlicher Solidarität angesehen wurde, die in der Industriegesellschaft der 50er und 60er Jahre im Wesentlichen Teil der Hausfrauen- und Mutterrolle war.
- Die notwendige Steigerung der Ausschöpfung der Humanressourcen in einer Wissensgesellschaft und die ethnische Pluralität europäischer Gesellschaften stellen heute viel höhere Anforderungen an die Sozialisationsleistungen der Eltern, die diese in der klassischen Arbeitsteilung zwischen Kindergarten, Schule und Ausbildungssystem nur noch teilweise erfüllen können. Auch hier haben Staat und Gesellschaft bisher kaum reagiert, sondern sind davon ausgegangen, dass Eltern diese gestiegenen Anforderungen auf Dauer erfüllen werden.

Eine nachhaltige Familienpolitik, die auf diese Strukturveränderungen nicht angemessen reagiert, wird selbst bei einem perfekten Ausbau der Kinderbetreuung und einer vorzüglichen Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufsarbeit zum Scheitern verurteilt sein. Denn sie läuft Gefahr, lediglich aktuelle Problemlagen durch bestimmte sinnvolle und richtige Maßnahmen lösen zu wollen, ohne aber zu erkennen, dass die vorgeschlagenen Lösungen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammen. Das hat schon Elisabeth Pfeil in den 60er Jahren kritisiert und schon damals bei den sich abzeichnenden sozialstrukturellen und demographischen Veränderungen die Frage aufgeworfen, ob denn die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und eine bessere Betreuung der Kinder wirklich die einzigen richtigen Zukunftsantworten seien.

Denn, und das dürfte aus der bisherigen Argumentation deutlich geworden sein, nachhaltige Familienpolitik ist im Wesentlichen eine Politik zur Zukunftssicherung einer Gesellschaft. Diese Zukunftssicherung bezieht sich darauf, junge Erwachsene, Eltern und Kinder so zu unterstützen, dass sie das eigene Humankapital entwickeln können, gleichzeitig aber in die eigene individuelle Zukunft und in die Zukunft der Partnerschaft sowie in die Zukunft der eigenen Kinder investieren können. Dies bedeutet auch zu prüfen, wo Politik auf gesellschaftliche Änderungen im Lebenslauf reagieren kann, um die Realisierung solcher Zukunftsvorstellungen zu ermöglichen. Denn eine Reihe von Elementen des Lebenslaufs sind das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Nachhaltige Familienpolitik ist aber auch eine Politik, die dazu beitragen kann, Rahmenbedingungen für eine Solidarität zwischen den Generationen zu gestalten, ohne hierbei auf die klassischen Muster der Industriegesellschaft zurückzugreifen. Zudem tut eine nachhaltige Familienpolitik gut daran, die Werte und Präferenzen, die in einer Gesellschaft bestehen, zu reflektieren, weil nur so die Möglichkeit besteht, Opportunitätskosten für Zukunftsentscheidungen von Familien und jungen Erwachsenen zu erkennen. In diesem Sinne ist eine nachhaltige Familienpolitik vor allem darauf ausgerichtet gesellschaftliche Rahmenbedingungen mitzugestalten, die die Entwicklung der Humanressourcen der Gesellschaft fördern und gleichzeitig die Teilhabe der jüngeren Generation an diesem Prozess der Zukunftsgestaltung sichert.

Dies geht nicht ohne die Entwicklung von Infrastrukturangeboten im Bereich frühkindlicher Entwicklung, setzt aber eben auch voraus, zu prüfen, ob die tradierten Lebensverläufe der Industriegesellschaft den Zukunftsvorstellungen junger Erwachsener entsprechen oder ob es neue Optionen gibt, was eine bestimmte Form von Zeitpolitik ist. Finanzielle Leistungen sind auch in einem solchen Modell nachhaltiger Familienpolitik von entscheidender Bedeutung. Ohne das hier im Einzelnen ausführen zu können, ändert sich aber ihre Begründung. Denn sie werden hier eingesetzt, um junge Erwachsene und Familien zu unterstützen, eine Zukunft zu gestalten, deren positive Konsequenzen die gesamte Gesellschaft in ihrer Zukunftsgestaltung unterstützt.

II.

Kinderlosigkeit und die Hingabe an den Beruf

2.1 Kinderlosigkeit

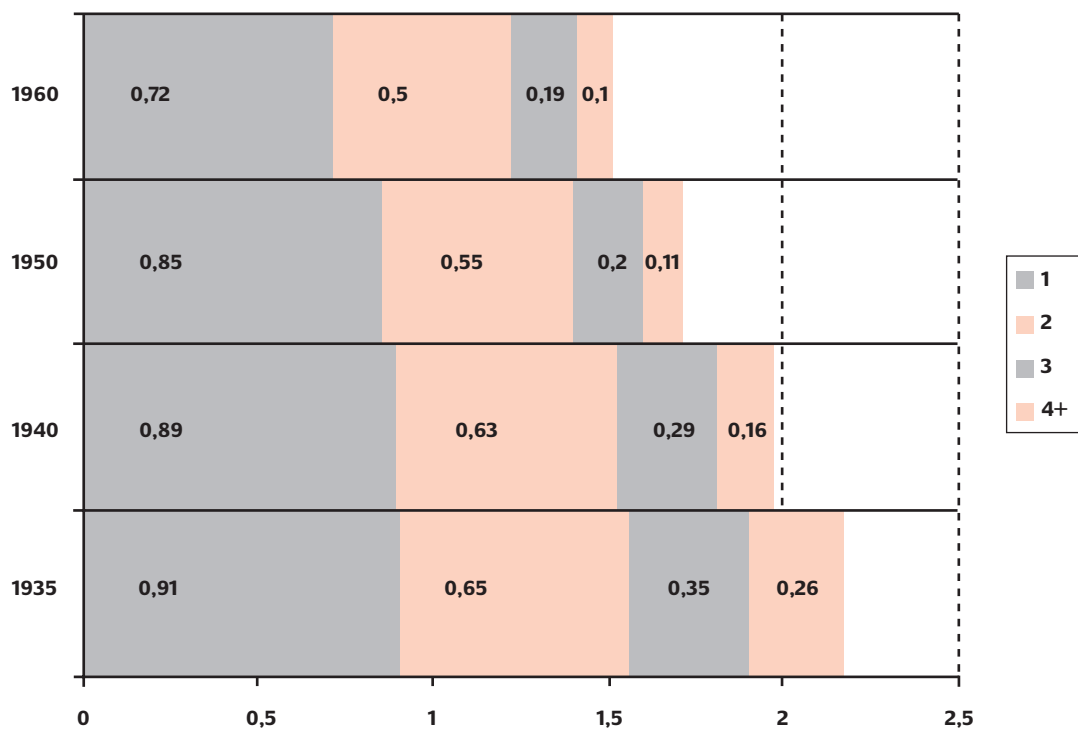
Es ist gut nachvollziehbar, dass der Anstieg der Kinderlosigkeit seit Anfang der 70er Jahre von etwas über 10 Prozent (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1968) auf heute geschätzte 20 Prozent kinderloser Frauen mit Hauptschulabschluss und bis zu 36 Prozent Akademikerinnen ohne Kinder als zentrale Ursache für den Geburtenrückgang in Deutschland von etwa 2,3 Kindern auf etwa 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau (Livi-Bacci, 1999) angesehen wird. Aber auch andere Länder – wie etwa die USA mit einer Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau (US Bureau auf Census, 2003) oder Finnland mit etwa 1,8 Kindern pro Frau (Eurostat, 2002) – verzeichnen eine hohe Kinderlosigkeit von 20 bis 22 Prozent.

Die hohe Kinderlosigkeit in Ländern mit guter öffentlicher Kinderbetreuung (Finnland) oder mit einem ausreichend marktwirtschaftlich organisierten Angebot (USA) wirft einerseits die Frage auf, welchen Effekt die gestiegene Kinderlosigkeit tatsächlich auf den Geburtenrückgang gehabt hat; andererseits führt das zu der Frage, ob der Ausbau der staatlichen Infrastruktur tatsächlich dazu beigetragen hat, die Entscheidung für ein Kind im Sinne einer Theorie der steigenden Opportunitätskosten negativ zu beeinflussen.

Die hohen Geburtenraten in der Zeit des Babybooms in den 60er Jahren sind im Wesentlichen auf die hohe Zahl der Mehrkinderfamilien zurückzuführen. Lebten 1975 in Westdeutschland von den etwa 20 Millionen Kindern unter 18 Jahren fast 3 Millionen mit drei Geschwistern zusammen und 4 Millionen mit zwei Geschwistern, so waren es vor der Wiedervereinigung 1989 nur noch etwas mehr als 1 Million von den damals knapp 17 Millionen Kindern mit drei Geschwistern und etwa 3 Millionen mit zwei Geschwistern. 1989 hatte sich die Zahl der Kinder in Familien mit drei und vier Kindern von 7 Millionen auf 4 Millionen reduziert. Nach der Wiedervereinigung änderte sich das nicht, weil die Familie mit vier und drei Kindern in den neuen Bundesländern eher die Ausnahme als die Regel darstellte, so dass von den 21 Millionen Kindern im Jahr 2000 etwas mehr als 1 Million Kinder in Vier-Kinder-Familien aufwachsen und knapp 3,5 Millionen in Drei-Kinder-Familien.

Der Geburtenrückgang in Deutschland ist wie auch in den USA und in den übrigen europäischen Ländern einschließlich der Länder Nordeuropas Ergebnis des zunehmenden Verschwindens der Mehrkinderfamilie. Veranschaulichen lässt sich diese Tatsache durch die Aufgliederung der Geburtenrate in ihre Anteile an ersten, zweiten, dritten und vierten Kindern. So kamen auf einhundert 1935 in Deutschland geborene Frauen ungefähr 220 Kinder, wovon 155 Erst- oder Zweitgeborene waren und 61 Kinder dritte, vierte und weitere Kinder. Einhundert Frauen aus dem Geburtsjahrgang 1960 hingegen bekamen nur noch rund 150 Kinder, von denen nur noch 29 auf dritt- oder später geborene Kinder entfielen. Seit Anfang der 90er Jahre stagniert der Rückgang der Mehrkinderfamilie.

Abbildung 1: Geburtsjahrgänge nach Paritäten, Deutschland

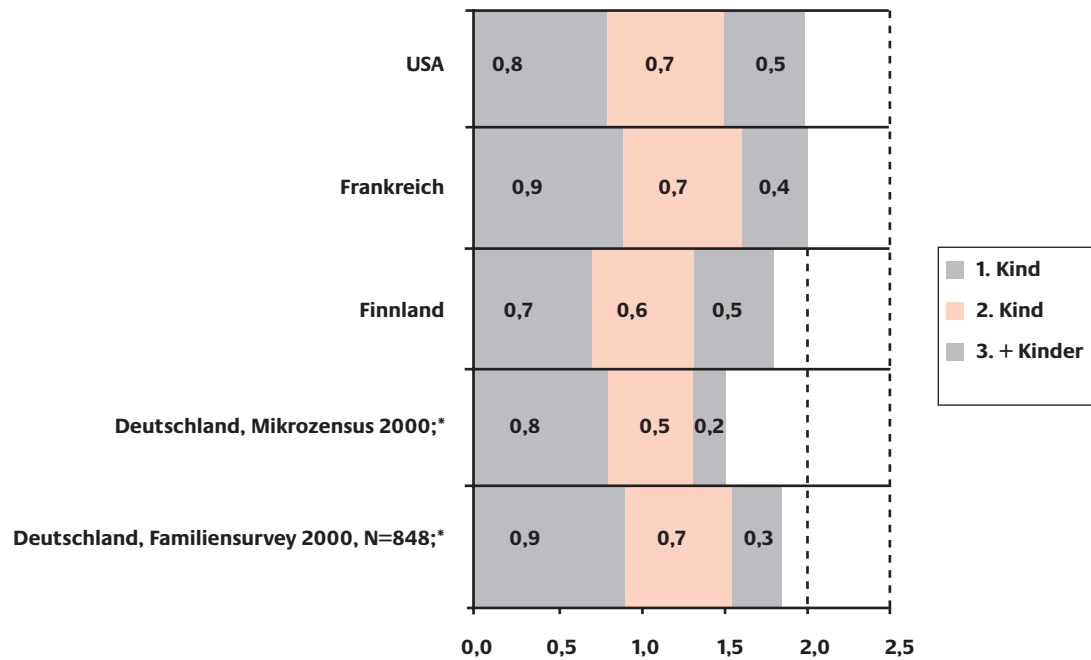


Quelle: Eurostat

Der entscheidende Unterschied zu den Ländern mit höheren Geburtenraten liegt auch heute nicht in der unterschiedlichen Kinderlosigkeit in diesen Ländern, sondern im Wesentlichen in der unterschiedlichen Entscheidung für Mehrkinderfamilien. Sowohl in den USA wie in Finnland bringen bei hoher Kinderlosigkeit (20 Prozent) dort etwa 20 Prozent der Frauen drei Kinder zur Welt – gegenüber etwa 10 Prozent in Deutschland – und weitere 10 Prozent gebären vier und mehr Kinder – gegenüber etwa 8 Prozent in Deutschland.

Die Aufgliederung der durchschnittlichen Geburtenrate (TFR) in die einzelnen Anteile, die auf drei und mehr Kinder zurückzuführen sind, zeigt deutlich, dass die größten Differenzen zwischen Deutschland und den anderen Ländern in dem geringeren Anteil an Mehrkinderfamilien zu suchen ist.

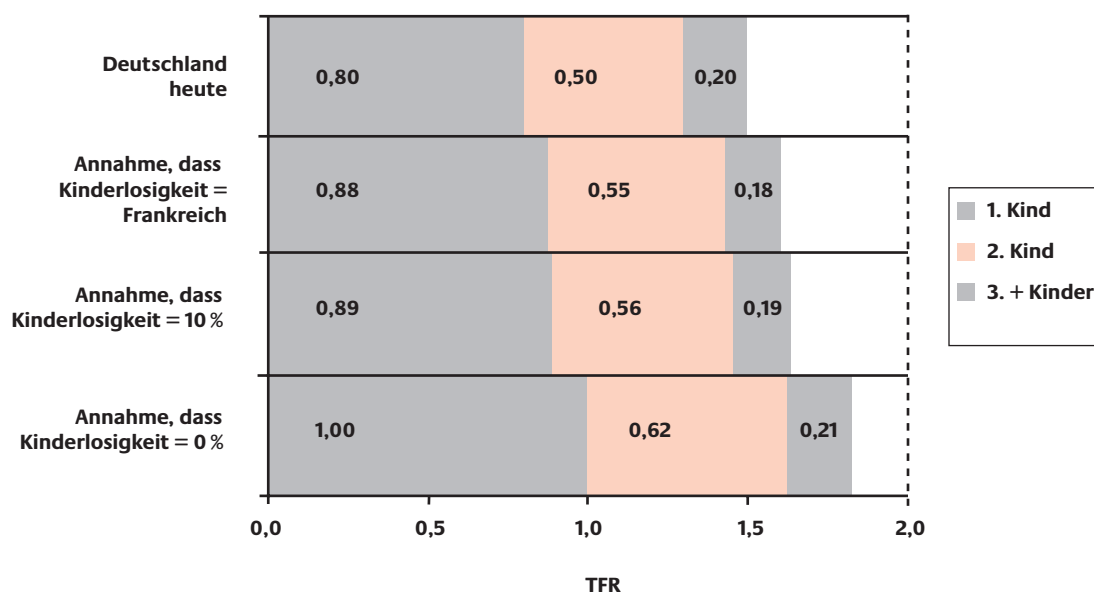
Abbildung 2: Länder-TFRs nach Paritäten



Quelle: United Nations Population Division; Eurostat;
*Daten Geburtenrate der 40- bis 44-jährigen Frauen

Wenn es das Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik sein soll, jene Rahmenbedingungen mitzugestalten, die es jungen Erwachsenen ermöglicht, sich für Kinder zu entscheiden, in der Hoffnung, dass dadurch die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland sich der Entwicklung in anderen europäischen Ländern und in den USA wieder annähert, dann stellt die Konzentration politischer Maßnahmen allein auf die Kinderlosigkeit und das Ermöglichen des ersten Kindes einen nur sehr begrenzten Ansatz dar. Denn selbst wenn man unterstellt, dass alle Maßnahmen so wirken, wie es von der These der Senkung der Opportunitätskosten für das erste Kind vermutet wird, so würde Deutschland hinsichtlich der Geburtenrate wie bisher auch weiterhin zu den Schlusslichtern in Europa gehören. Unter der Annahme, dass es gelänge, die Kinderlosigkeit in Deutschland der beobachteten Kinderlosigkeit in Frankreich anzugleichen, ließe sich die Geburtenrate von jetzt etwa 1,39 auf 1,5 erhöhen. Auch wenn es gelänge, wieder auf jene 10 Prozent Kinderlosigkeit zu kommen wie zu Zeiten des Babybooms, stiege die Geburtenrate auf etwa 1,6 Kinder pro Frau. Selbst unter der unrealistischen – weil biologisch auszuschließenden – Annahme einer nicht vorhandenen Kinderlosigkeit stiege die Geburtenrate allenfalls auf 1,8 Kinder pro Frau.

Abbildung 3: TFR unter der Annahme einer geringeren Kinderlosigkeit*



Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen beruhend auf CTFR 40–44-Jährige

* den Berechnungen liegt die Annahme zugrunde, dass die ehemals Kinderlosen sich dem Fertilitätsverhalten der heutigen Mütter anpassen

2.2 Opportunitätskosten und Hingabe an den Beruf

Die Hypothese, die Kinderlosigkeit sei Ergebnis gestiegener Opportunitätskosten und eine Senkung dieser Kosten führe zu einer Vergrößerung der Zahl der Frauen, die sich dann für Kinder entscheiden, entspricht der ökonomischen Argumentation zur Sicherung der Rente: Durch die Senkung der Kosten für die einzelne Arbeitsstunde wird eine Vergrößerung des Arbeitsangebots und damit eine Zunahme der Beitragszahler erhofft. Selbst wenn bei den Unternehmen zweckrationales Handeln hinsichtlich der Arbeitsangebote unterstellt wird, ist dort auch davon auszugehen, dass die Ausweitung des Arbeitsangebotes auch von den Zukunftserwartungen der Unternehmer abhängt.

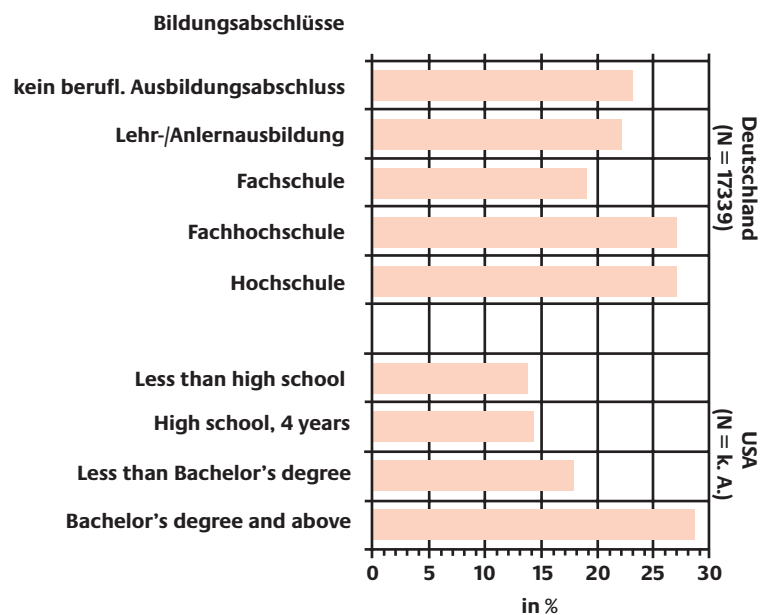
Über die Zukunftserwartungen der jungen Erwachsenen sagt diese Theorie aber überhaupt nichts aus. Jedoch ist ohne eine solche Analyse und Begründung, warum die geänderten Opportunitätskosten die Zukunftserwartungen beeinflussen sollen, noch nicht einmal davon auszugehen, dass der bescheidene Effekt des Rückgangs der Kinderlosigkeit auf das niedrigere Niveau Frankreichs eintritt und eine Erhöhung der Geburtenrate um 0,1 Kinder auf 1,5 Kinder erwartet werden kann. Darüber hinaus führt eine solche Vergrößerung der Grundgesamtheit zu keiner Lösung des Strukturproblems der insgesamt zu kleinen deutschen Familien in Relation sowohl zu den USA wie zu den nordeuropäischen Ländern.

Folgt man nicht dieser Theorie, sondern den demographischen Analysen des US Bureau of Census (Bachu, 1999) zu den Ursachen der zunehmenden Kinderlosigkeit in den USA, wird deutlich, dass möglicherweise nicht die Opportunitätskosten das zentrale Problem sind, sondern ein Grundwiderspruch zwischen der Entwicklung des Humankapitals in einer

Gesellschaft und der Entwicklung der Ressourcen für dieses Humankapital: Je mehr in die individuelle Bildung investiert wird, umso unwahrscheinlicher ist die Entscheidung für Kinder, insbesondere für mehrere Kinder. Nach den Zahlen des Mikrozensus gilt das im Übrigen auch für Deutschland: Diese Analyse lässt sich auf der Basis der Mikrozensus-Daten von 1998 ebenso für das alte Deutschland nachzeichnen wie problemlos bis in die Gegenwart für das heutige Deutschland fortschreiben.

Bei genauerer Betrachtung der Kinderlosigkeit US-amerikanischer Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren und dem Vergleich mit Deutschland sind die Ausbildung und die erreichte Berufsposition die beiden zentralen Faktoren für die individuelle Entscheidung, ohne Kinder zu leben: Hoch qualifizierte Amerikanerinnen, die das akademische Ausbildungssystem durchlaufen haben, weisen mit 27 bis 30 Prozent eine Quote von Kinderlosigkeit auf, die sich in dieser Altersgruppe von Deutschland mit etwa 27 Prozent nur geringfügig unterscheidet.

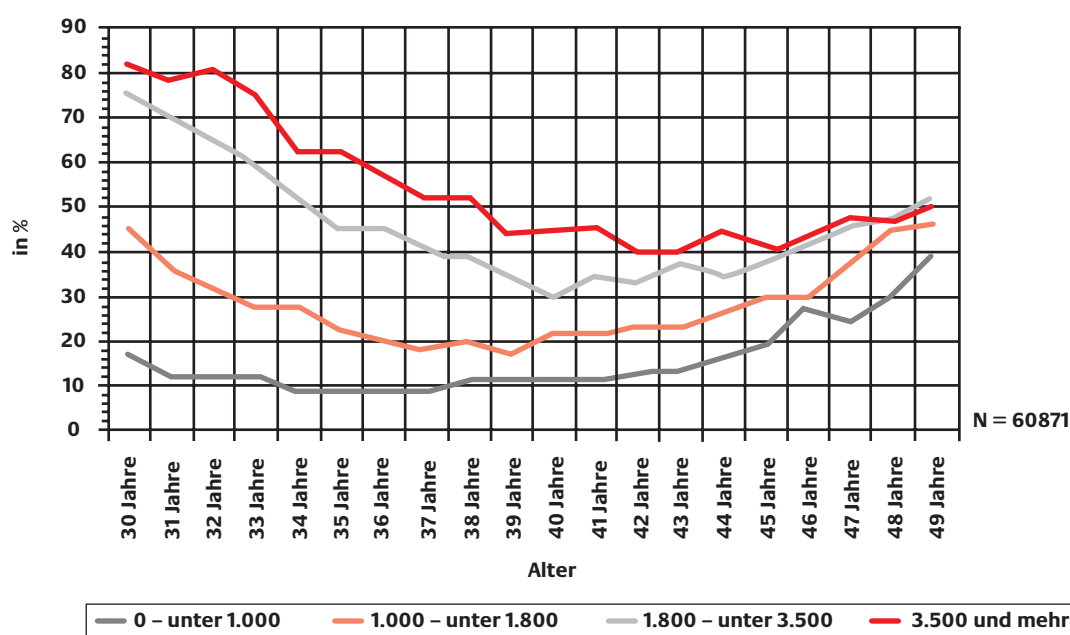
Abbildung 4: Kinderlosigkeit von 40–44-jährigen Frauen in Deutschland und Amerika nach dem Bildungsabschluss, im Jahr 1998



Quelle: Mikrozensus 1998, eigene Berechnungen; U.S. Census, Berechnungen von A. Bachu

Ähnliches gilt auch für die erreichte Berufsposition: Frauen in den höchsten Berufspositionen weisen auch die höchste Quote der Kinderlosigkeit auf, und zwar sowohl in den USA wie in Deutschland. In den USA sind zudem Frauen in den höchsten Einkommensgruppen, also jenseits von 75.000 bis 100.000 Dollar, zur Hälfte kinderlos (Hewitt, 2002). Eine erfolgreiche Ausbildung als Investition in das eigene Humankapital, beruflicher Erfolg und die Zugehörigkeit zur obersten Einkommensgruppe scheinen in den USA und in Deutschland überwiegend nur dann erreichbar zu sein, wenn die Entscheidung im Wesentlichen für eine berufliche Karriere getroffen wird und andere Optionen im Leben, wie die Gestaltung des eigenen Lebens zusammen mit Kindern, demgegenüber geringer gewichtet werden. Dieser Zusammenhang gilt im Grundsatz aber nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer; letztere werden im Regelfall jedoch nicht untersucht.

Abbildung 5: Frauen ohne Kinder im Haushalt in Deutschland nach dem persönlichen Nettoeinkommen in DM und dem Alter



Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen

Ohne hier eine ausführliche Diskussion dieser Ergebnisse vornehmen zu können, ist zumindest festzuhalten, dass die Entwicklung persönlicher Bildungsvorstellungen und die Investitionen in das eigene Humankapital die Handlungsmöglichkeiten und Optionen im Lebensverlauf für junge Erwachsene so ausgeweitet haben, dass sie zwischen unterschiedlichen Präferenzen wählen können. Sowohl in den USA wie in Deutschland scheinen sich die Personen mit der höchsten Qualifikation und einer hohen Karriereorientierung zunehmend für ein Leben ohne Kinder zu entscheiden. Auch Eckhard und Klein konnten in einer Sonderauswertung des Familiensurveys eine verminderte Familienorientierung der höher gebildeten kinderlosen Frauen feststellen. Der hier aufscheinende Wertekonflikt wird in der angelsächsischen Literatur offen angesprochen, während er in der deutschen Literatur häufig eher moralisiert wird. Die Entwicklung dieser unterschiedlichen Optionen beginnt nach den Ergebnissen des Hochschulinformationssystems (HIS, 2000) schon während der Ausbildung: Zu Studienbeginn sind die meisten Studentinnen der Auffassung, zwei oder mehr Kinder seien Teil der eigenen Lebensplanung, wohingegen am Ende des Studiums, abhängig vom gewählten Studienfach, bis zu 40 Prozent diese Meinung nicht mehr vertreten. Die Dramatik dieses Wandels in den Lebenszielen als zunehmende Distanzierung vom Kinderwunsch wird aus der Differenzierung nach Fächern bei den HIS-Daten deutlich: Junge Frauen mit dem Studienfach Psychologie sind am Ende des Studiums nur noch zu 60 Prozent sicher, wirklich Kinder zu wollen.

Die deutlichen fachspezifischen Variationen zeigen zudem, dass es nicht ein Kosten-Nutzen-Kalkül ist, das diese Einstellungen beeinflusst, sondern Vorstellungen, die mit der eigenen antizipierten Berufsrolle zusammenhängen. Diese Aussage deckt sich mit den Ergebnissen von Hewitt, bei der die befragten erfolgreichen Frauen auch auf die eige-

ne Entwicklung im Lebensverlauf und auf die Veränderung ihrer Lebensziele hingewiesen haben. Eine Familienpolitik, die diese unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen nicht reflektiert und von einer homogenen Motivlage bei allen Frauen ausgeht, wird kaum Erfolg haben können.

Während bei Männern eine solche Hingabe an eine berufliche Aufgabe akzeptiert wird, scheint das bei Frauen als Problem angesehen zu werden. Denn die Kinderlosigkeit männlicher Akademiker wird kaum thematisiert und es wird als selbstverständlich angesehen, dass ein hoch qualifizierter männlicher Akademiker alle verfügbare Zeit für seine berufliche Entwicklung einsetzt. Dass Frauen ebenso reagieren, wird offenkundig nicht akzeptiert. So lange die Eigenlogik männlicher Berufsrollenmuster nicht als Problem gesehen wird, sondern nur die Art, wie ein Teil der Frauen damit umgeht, und nur die Frage aufgeworfen wird, wie erfolgreiche Frauen zu motivieren sind, sich neben einer Berufskarriere zusätzlich auch noch für Kinder zu entscheiden, wird damit implizit der Anspruch formuliert, dass erfolgreiche berufsorientierte Frauen mehr leisten müssen als Männer.

III.

Zeitliche Flexibilisierung und Elterngeld

Betrachtet man nicht mehr die individuellen Frauen, sondern die Länder und wechselt also von der Mikro- in die Makroebene, so wird vermutet, dass sich die Vorzeichen gewandelt haben. Lange wurde davon ausgegangen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen hoher Fertilität und traditioneller familiärer Rollenteilung besteht. So wurde argumentiert (Coleman, 1999), dass die Zunahme der individuellen Selbstbestimmung, die Befriedigung persönlicher Präferenzen, Liberalismus und die Schwächung von traditionellen Autoritäten, wie etwa Religion, die Qualifizierung der Frauen und ihre verstärkte Partizipation am Erwerbsleben, die Einführung von Empfängnisverhütung sowie die Liberalisierung von Scheidung und Abtreibung zu einer größeren materiellen Unabhängigkeit der Frauen und damit auch zu ihrer größeren individuellen Wahlfreiheit in Bezug auf Heirat und Kinder führten.

Die Annahme, dass die traditionelle familiäre Rollenteilung in Zusammenhang mit hohen Kinderzahlen stehe und eine größere weibliche Unabhängigkeit zu niedrigeren Geburtenzahlen führe, kann nicht in allen international vergleichenden Analysen bestätigt werden. So verdeutlichen die Beispiele der Länder Österreich und Griechenland, in denen die Periodenfertilität aktuell 1,3 Kinder pro Frau beträgt, dass gerade in den gewöhnlich als traditionell und familienorientiert bezeichneten Ländern sehr wenige Kinder geboren werden. Monnier und de Guibert-Lantoine weisen nach, dass in Ländern mit höheren Geburtenraten tendenziell auch die Scheidungsraten, die Quote des ehelosen Zusammenlebens und die Anzahl außerehelicher Geburten hoch sind. Castles (2002) bestätigt für 1989 einen positiven Zusammenhang zwischen Katholizismus und Geburtenrate, stellt aber fest, dass sich dieser Zusammenhang neun Jahre später, 1998, ins Negative verkehrt hat. Das gleiche gilt unter anderen Vorzeichen für die Scheidungsrate und die Quote der weiblichen Erwerbstätigkeit; in Ländern mit hohen Scheidungsquoten und hoher weiblicher Erwerbstätigkeit werden heute mehr Kinder geboren als in eher traditionellen Ländern wie beispielsweise Österreich oder Griechenland. Die Theorie, eine niedrigere Fruchtbarkeit könne durch eine größere weibliche Autonomie (oder das Ende des „Brotverdiener-Modells“) erklärt werden, mag zwar 1989 richtig gewesen sein. Heute werden auf der Basis von Ländervergleichen Zweifel geäußert, ob dieser Zusammenhang noch besteht.

Bis heute ist nicht geklärt und auch umstritten, ob diese Beobachtungen im Einzelnen stimmen. Engelhardt, Kögel und Prskawetz (2003) weisen in einer längsschnittorientierten Reanalyse darauf hin, dass diese Ergebnisse, die auch von Esping-Andersen (1999) und von der OECD (2001) zur Begründung für eine neue Sozial- und Familienpolitik herangezogen werden, einer genaueren Prüfung nicht standhalten, weil es sowohl Länder mit positiven wie negativen Beziehungen zwischen Geburtenrate und Erwerbstätigkeit gibt. Engelhardt,

Kögel und Prskawetz (2003) weisen aber ganz im Sinne der hier formulierten Perspektive einer nachhaltigen Familienpolitik darauf hin, dass vermutlich in den Ländern, in denen die Präferenzen und Lebensvorstellungen der betroffenen Frauen und Männer Teil der Familienpolitiken geworden sind, auch die Inkompatibilitäten zwischen den beruflichen Anforderungen und den familiären Verpflichtungen geringer geworden sind. Damit verweisen sie auf die Notwendigkeit, auch motivationelle Gegebenheiten mit zu berücksichtigen.

Unter dieser Perspektive gibt es bei der Betrachtung der Kinderlosigkeit der Hoch- und Höchstqualifizierten vermutlich zwei wichtige Gründe für diese Kinderlosigkeit. Solche Berufspositionen sind in der Regel nur nach härtestem Wettbewerb zu erreichen. Die Entscheidung für ein Kind mit der Bereitschaft, für dieses Kind zu sorgen, vermindert die Zeit für das berufliche Engagement. Für solche Positionen hilft eine Politik, die auf eine geschlechtsneutrale familiäre Rollenteilung abzielt, recht wenig, da hier in der Regel beide Partner in einer ähnlichen Situation sind. Die Entscheidung für Kinder (oder gegen sie) wird getroffen, wenn man beruflich etabliert ist. Die amerikanische Akademie der Wissenschaften hat ihre weiblichen Mitglieder zu diesem Problem befragt und kam zu dem Ergebnis, dass sich die jüngeren Akademiemitglieder in der Regel erst nach der beruflichen Etablierung für Kinder entschieden haben (Wasserman, 2002). Das zentrale Argument war die berufliche Konkurrenz während der Karriereentwicklung. Die älteren, heute etwa 60- bis 65-jährigen Wissenschaftlerinnen haben ihre Kinder während der Ausbildung bekommen, weil zu ihrer Zeit der beruflichen Karriere der Wettbewerb um solche Positionen noch nicht so ausgeprägt war.

Dieser Zusammenhang ist gut nachvollziehbar: 8 Prozent Abiturienten im Jahr 1966 oder 35 bis 40 Prozent im Jahr 2003 führen notwendigerweise zu einer anderen Ausgangslage beim Wettbewerb um qualifizierte Positionen. Die Folgerung aus diesen Ergebnissen kann nicht sein, den Wettbewerb zu vermindern, sondern sollte sein, die antizipierten Nachteile bei einer Entscheidung für Kinder genauer zu analysieren und möglicherweise zu verringern. Diese Nachteile sind vermutlich je nach Arbeitsfeld sehr unterschiedlich. Eine RichterIn kann Beruf und Familie vermutlich eher vereinbaren als eine Naturwissenschaftlerin, die experimentell in einem Team mit anderen Teams weltweit um Ergebnisse konkurriert.

Es stellt sich aber die Frage, ob man nicht auf Dauer die Aufgaben von Frauenbeauftragten zu Elternbeauftragten erweitert und so betriebs- und aufgabenspezifisch auch Lösungen erarbeitet, die die antizipierten Nachteile vermindern helfen. Das kann Unterstützung bei der Karriereplanung sein oder auch die Verbesserung der Kinderbetreuung, das kann die Flexibilisierung der Arbeitszeitorganisation sein oder die Hilfe bei der Jobsuche für den Partner bei erwarteter Mobilität, dies alles ist im Wesentlichen eine betriebliche Angelegenheit des Personalmanagements. Erst wenn das Gefühl entsteht, dass Kinder kein Nachteil in der eigenen Lebensplanung sind, wird die Entscheidung für Kinder getroffen. Da der Staat aber gerade bei den Hoch- und Höchstqualifizierten das Ausbildungsmonopol hat, ist er in diesem Fall besonders gefordert. Man muss nur mal die deutschen Universitäten daraufhin untersuchen, was sie für die Vereinbarkeit von Studium und Familiengründung oder für eine familienfreundliche Karriereplanung ihrer Nachwuchswissenschaftler tun. US-amerikanische Spitzenuniversitäten sind auch schon bei den Elternbeauftragten viel weiter als deutsche Universitäten.

Die hohe Kinderlosigkeit der höchstqualifizierten Frauen in den USA und in Deutschland macht aber auch auf einen zentralen Wertekonflikt aufmerksam. René König, der wichtigste Familienwissenschaftler der Nachkriegszeit, hat schon 1946 darauf hingewiesen, dass moderne Elternschaft verantwortliche Elternschaft ist: Nicht aus Tradition oder aus ökonomischen Gründen entscheidet man sich für Kinder, sondern weil man bereit ist und sich in der Lage fühlt, für diese Kinder zu sorgen und sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Diese Bereitschaft ist in Deutschland wie auch in den USA daran gebunden, dass auch beruflich erfolgreiche Frauen zumindest temporär ihre ökonomische Abhängigkeit vom Partner/Ehemann akzeptieren. Denn da die Mütter zumindest bei sehr kleinen Kindern sich in der Regel zunächst um diese Kinder auch selbst kümmern wollen – hier unterscheiden sich finnische, schwedische, französische oder deutsche Frauen nicht von den amerikanischen Frauen – bedeutet dies, die persönliche ökonomische Selbstständigkeit aufzugeben. Diese ökonomische Unabhängigkeit ist aber ein zentrales Element erfolgreichen beruflichen Handelns. Ohne dies gegenwärtig durch empirische Daten stützen zu können, ist es auffällig, dass in den Ländern mit lohnabhängigem Elterngeld die Kinderlosigkeit bei den höher qualifizierten Frauen geringer ist als in Deutschland. Denn das lohnabhängige Elterngeld sichert den Frauen unabhängig vom Partner auch dann die Eigenständigkeit, wenn sie sich aus persönlichem Verantwortungsgefühl dafür entscheidet, sich selbst um das eigene Kind zu kümmern.

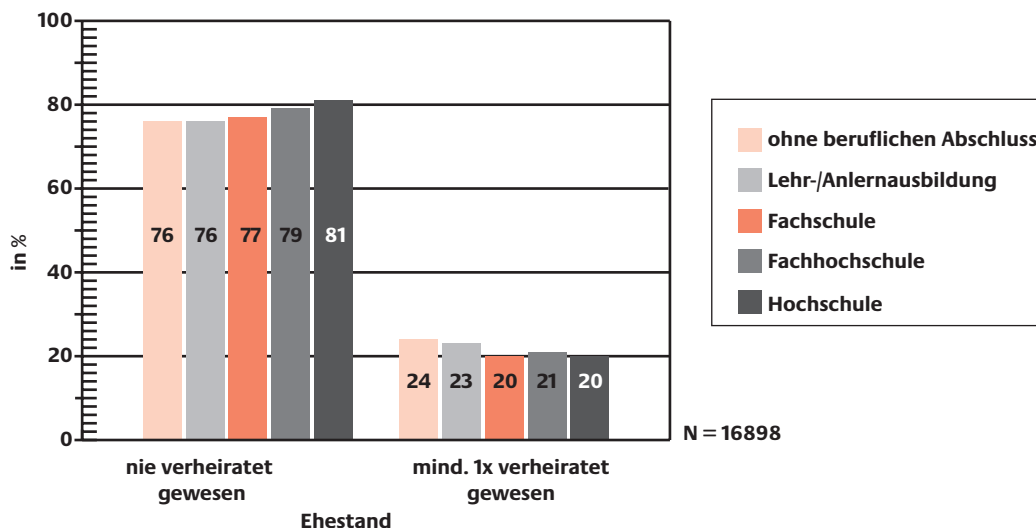
IV.

Abhängigkeit von den Eltern und Strategien zur Selbstständigkeit

Der deutsch-amerikanische Vergleich zeigt, dass die Entscheidung zur Ehe eine große Bedeutung für die Entscheidung zum Kind hat, was die obige These noch einmal unterstreicht, da dies in Nordeuropa nicht der Fall ist. Beim Vergleich der verheirateten und nicht verheirateten Frauen (USA/Deutschland) und Männer (Deutschland) unterscheiden sich Ehemänner und -frauen hinsichtlich ihrer Kinderlosigkeit weder bei der Ausbildung noch bei der beruflichen Stellung oder dem Einkommen. Denn in den USA und Deutschland bedeutet die Entscheidung für ein Kind ökonomisch gesprochen eine zumindest temporäre Abhängigkeit der Mutter vom Vater.

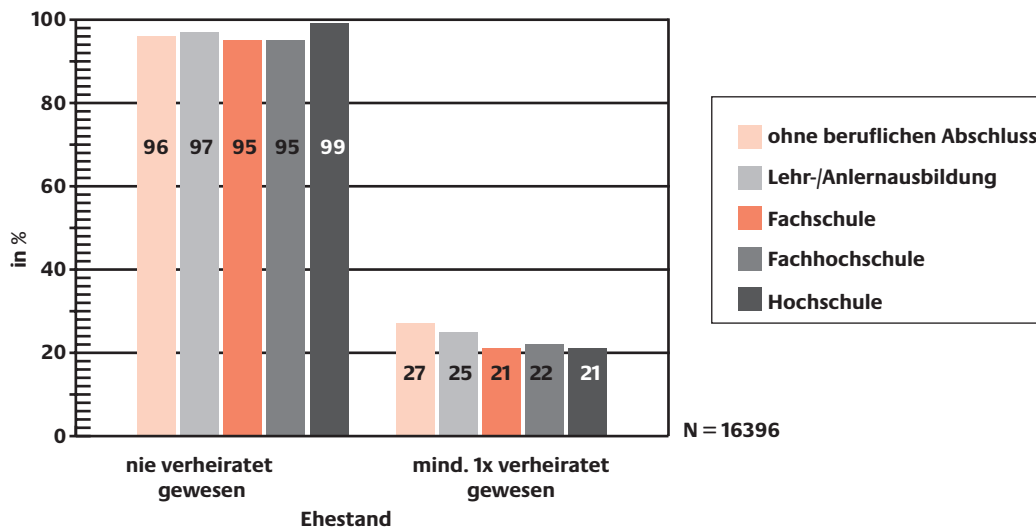
Die Kinderlosigkeit im Alter von 40 bis 44 Jahren liegt bei verheirateten Männern mit Hochschulabschluss in Deutschland bei 21 Prozent und bei den verheirateten Frauen bei 20 Prozent, wohingegen bei den Nichtverheirateten 99 Prozent der Männer und 81 Prozent der Frauen kinderlos bleiben, bei gleicher Qualifikation.

Abbildung 6: Kinderlosigkeit von Frauen im Alter zw. 40–44 Jahren nach dem Ehestand und der höchsten Berufsausbildung



Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen

Abbildung 6.1: Kinderlosigkeit von Männern im Alter zw. 40–44 Jahren nach dem Ehestand und der höchsten Berufsausbildung



Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen

Diese Ergebnisse gelten in ähnlicher Weise auch für die USA; dort sind Kinderlosigkeit und Ehelosigkeit bei Frauen in Berufen mit qualifizierten Abschlüssen und bei Managerinnen mit über 90 Prozent besonders ausgeprägt.

Diese Ergebnisse weisen auf einen weiteren wichtigen Zusammenhang hin, der in der deutschen Literatur bisher kaum thematisiert wird. Die Entscheidung für ein Kind als Teil der eigenen Zukunft hängt ganz entscheidend davon ab, ob und inwieweit man diese Zukunft zusammen mit einem Partner gestalten kann oder aber ob man diese Zukunft als eine Perspektive interpretiert, die nur allein ohne Partnerschaft zu gestalten ist. Wie auch immer die Institution der Ehe im Einzelnen eingeschätzt werden mag, entscheidet sich die überwältigende Mehrheit sowohl der Amerikaner wie der Amerikanerinnen, die sich für ein Leben mit Kindern entscheiden, auch für die Ehe. Das gilt in gleicher Weise auch für Deutschland. Nun ist dieser Zusammenhang in anderen europäischen Ländern, etwa in Frankreich, nicht so stark ausgeprägt wie in Deutschland und in den USA, weil dort die Kohabitation viel häufiger auch mit Kindern gelebt wird als in Deutschland und den USA. Für die Kinderlosigkeit gilt das auch für die neuen Bundesländer, wo dieser Zusammenhang nicht so stark ausgeprägt ist wie in den alten Bundesländern. Diese Zusammenhänge sind vermutlich einerseits auf den Wertekonflikt zwischen persönlicher Unabhängigkeit und der antizipierten Abhängigkeit im Interesse des Kindes zurückzuführen. Darüber hinaus ist aber in Deutschland Kinderlosigkeit auch das Ergebnis von Partnerlosigkeit. In einer Forsa-Befragung von Oktober 2004 nannten 44 Prozent der Kinderlosen als Grund das Fehlen eines geeigneten Partners. Aber auch die antizipierte Unsicherheit der Partnerschaft spielt eine wichtige Rolle. Dies legen Ergebnisse von Eckhard und Klein (2004) nahe, die in einer Sonderauswertung des Familiensurveys einen steigenden Elternschaftswunsch mit der Dauer der Partnerschaft sowie einen positiven Zusammenhang zwischen Elternschaftswunsch und subjektiver Einschätzung der Beziehungsstabilität feststellen.

Wenn man sich nun fragt, warum ausgerechnet Akademiker und Akademikerinnen hier ein höheres Maß an Unsicherheit zeigen als andere Gruppen, so sind einige Gründe mit unmittelbarer Evidenz zu nennen, die politisch beeinflussbar sind. Das Modell von Ehe und Familie in der Industriegesellschaft ging davon aus, dass die Lösung vom Elternhaus und die Begründung der eigenen Zukunft mit einem neuen Partner in einem neuen Haushalt ökonomisch unabhängig von den Eltern zu gestalten war. Die ökonomische Unabhängigkeit war im Grundsatz bereits erreicht, wenn der 'Ehemann und Haushaltungsvorstand' ein sicheres Einkommen hatte. Kinder gehörten als Teil dieser Zukunftsgestaltung in diese neue Lebensphase hinein und waren Ausdruck der Tatsache, jetzt bereit und auch in der Lage zu sein, gemeinsam mit dem Partner die eigene persönliche Zukunft in Bezug auf die eigene berufliche Karriere, die eigene ökonomische Selbstständigkeit, den eigenen Haushalt und den Aufbau neuer personaler Beziehungen zu gestalten.

Alle hoch entwickelten Industriegesellschaften sind in den 50er und 60er Jahren diesem Muster gefolgt und haben auch ihre Politiken im Bereich von Bildung, Wohnungsbau und Steuerpolitik darauf ausgerichtet. Frühe Bildungsabschlüsse, billiger konfektionierter Wohnraum für die neolokale Kernfamilie und, wenn nötig, ökonomische Unterstützung durch Kindergeld oder andere finanzielle Transfers waren das europäische Muster dieser Familienpolitik; diese wird jedoch den heutigen Lebensentwürfen junger Erwachsener, die, vor allem in Deutschland, über einen sehr langen Zeitraum in ihre eigene Bildung investieren müssen, nicht mehr gerecht. Denn die Ausdehnung der Bildungszeiten für einen großen Teil der Bevölkerung – bei gleichzeitig weiter bestehender Verantwortlichkeit der Eltern für die ökonomische Existenzsicherung der Kinder bis zum Berufseintritt – führt notwendigerweise dazu, dass eine gemeinsame neue Zukunft mit einem Partner und mit Kindern im Laufe dieser langen Bildungsphasen zunehmend aus den Zukunftsoptionen der jungen Erwachsenen verschwindet.

Denn dass junge Erwachsene, die ökonomisch von ihren Eltern abhängig sind, teilweise (im Wesentlichen die jungen Männer) noch bei ihnen wohnen und kaum die kurzfristige Aussicht haben, sich von den Eltern mit einem neuen Partner so abzugrenzen, dass sie unabhängig und selbstständig eine neue Zukunft für sich und ihre Kinder planen könnten, sich stattdessen um ihre Qualifikation kümmern und ansonsten weiterhin das Verhalten von Jugendlichen zeigen, ist plausibel nachvollziehbar. Das „Hotel Mama“ insbesondere für die jungen Männer, von denen ein großer Teil erst jenseits des 27. Lebensjahrs auszieht, ist auch einem Unterhaltsrecht geschuldet, das die gesamte Ausbildungsphase der Kinder in die Verantwortung der Eltern legt. Der deutsche Staat betont zumindest bei den jungen Erwachsenen die Elternrechte vor allem deswegen, weil er dadurch Kosten spart. Nicht die jungen Erwachsenen selbst erhalten direkte Unterstützung, sondern immer die Eltern. Dahinter steht eine Vorstellung von Subsidiarität, die davon ausgeht, dass verwandtschaftliche Beziehungen bei Unterstützung und Hilfe letztlich immer der staatlichen Unterstützung voranzugehen haben.

Als Konsequenz dieser Subsidiarität bleibt nun das ökonomische Erwachsenwerden weiterhin an den Berufseintritt gebunden – mit der Folge, dass bei einer Ausdehnung der Zeit für die Investition in das Humankapital im ersten Drittel des Lebens die Zeit für die Familiengründung schwindet. Daher ist es auch wenig überzeugend zu hoffen, dass die jungen Erwachsenen schon während der Ausbildung Kinder bekommen. Das ist gegenwärtig schon wegen der mangelnden Möglichkeit, mit dem Partner eine eigene, elternunabhän-

gige Gemeinschaft mit gemeinsamer Zukunft zu planen, unplausibel. Der Family Fertility Survey von 1992 (jüngere Daten gibt es nicht) macht deutlich, dass das keine theoretischen Spekulationen sind, sondern empirische Fakten. Nach den Ergebnissen von Kiernan (2000, S. 42ff) geben 50 Prozent der befragten bis 25-jährigen jungen Frauen in Deutschland an, keinen festen Partner zu haben, in Italien sind es sogar 60 Prozent, in Frankreich und in den nordeuropäischen Ländern jedoch nur 20 Prozent. Offenbar nehmen die jungen Erwachsenen in den Ländern, in denen die ökonomische Verantwortung ausschließlich bei den Eltern liegt, Rücksicht auf die Ressourcen ihrer Eltern und binden sich später als in jenen Ländern, die mehr auf die Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen setzen. Dabei darf zudem nicht vergessen werden, dass die ökonomische Selbstständigkeit einer Familie in der Regel auf zwei Einkommen basiert. Nicht nur der junge Mann, sondern auch die junge Frau muss zunächst eine eigene ökonomische Basis haben, um eine gemeinsame Zukunft planen zu können.

Die Familienpolitik in Deutschland hat sich nicht mit der Frage auseinandergesetzt, welche Bedeutung die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von den Eltern für die Paarbildung und die gemeinsame Zukunftsplanung von jungen Erwachsenen hat. Berufseinstieg und Familiengründung sind zu zeitlich offenen Statuspassagen geworden. Durch die Verlängerung der Bildungs- und Ausbildungsdauer verzögert sich der Übergang vom Jugendlichen in den Erwachsenenstatus immer mehr. Die Übernahme von Verpflichtungen im Arbeits- und Familienleben entspricht nicht mehr den traditionellen Zeitplänen des Lebenslaufs (partielle Destandardisierung des Übergangs ins Erwachsenenleben). Die fehlenden Chancen und die damit verbundenen Risiken am Arbeitsmarkt machen es zunehmend schwierig, die Erwartungen an eine unabhängige erwachsene Lebensführung zu erfüllen.

Insbesondere junge Männer bleiben häufig sehr lange im Elternhaus, was aber als eine individuelle und unabhängig von den politischen Rahmenbedingungen getroffene persönliche Entscheidung interpretiert wird. Im europäischen Vergleich zeigt sich allerdings eine erhebliche Variation der staatlichen Regeln und Maßnahmen, die den Prozess der Verselbstständigung der jungen Erwachsenen strukturieren, mit ganz unterschiedlichen Effekten. Am Arbeitsmarkt haben Jugendliche bzw. junge Erwachsene in manchen Ländern – wie Deutschland, Frankreich und Finnland – eine marginale Position; sie befinden sich in einem Übergangsstadium zum Arbeitsmarkt, so dass ihre Relation zum Wohlfahrtssystem und zu den sozialen Rechten ebenfalls transitional ist. Die Position ergibt sich faktisch aus ihrem Status, der aber Produkt staatlicher Politik ist, da diese die sozialen Rechte dieses Übergangsprozesses definiert (Laaksonen 2000).

So geht das französische wie das deutsche System davon aus, dass junge Erwachsene, die ökonomisch nicht selbstständig sind, von ihren Eltern zu unterstützen sind; das Subsidiaritätsprinzip gilt auch hier. Wenn sich allerdings in Frankreich die jungen Erwachsenen für Kinder entscheiden, jedoch keinen Arbeitsplatz haben, tritt hier die Familienkasse ein. In Frankreich sind auch die Studierenden durch die allgemeine Sozialversicherung abgesichert. Die Zahlung von Wiedereingliederungshilfen an Arbeitslose, die unter 25 Jahren sind, hängt davon ab, ob diese Kinder haben oder nicht. Bekanntlich ist die Arbeitslosigkeit gerade in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen in Frankreich besonders hoch, weil die Hürden für den Eintritt in das Berufsleben wegen des Fehlens einer effizienten Berufsausbildung nicht leicht zu überwinden sind. In Frankreich gibt es, wie auch früher in der DDR, Unterstützungsleistungen für junge Erwachsene, die einen eigenen Haushalt führen wol-

len, etwa ein zinsloses Darlehen für Junghaushalte für die Anschaffung von Möbeln und Haushaltsgeräten, für die Anmietung einer Wohnung oder den Erwerb einer Eigentumswohnung, für die die Kreditanstalten zuständig sind. Diese erhalten von der Landeskasse für Familienzulagen Zuschüsse, um Darlehen zum Nulltarif zu gewähren und dem Kreditnehmer bei Geburt eines Kindes einen Teil der Kapitalrückzahlung erlassen zu können. Es gibt eine Unterstützung für Schüler, die Bezuschussung von Umzügen und Kredite für die Renovierung der Wohnung (Deter, 2003). Das französische System betrachtet die Kinder so lange in der ökonomischen Verantwortung ihrer Eltern, bis sich die erwachsen gewordenen Kinder in ihrer eigenen Zukunftsplanung selbst für Kinder entscheiden. Man mag dies auch als eine Art Zwang interpretieren, aber aus französischer Sicht sind solche Maßnahmen neutral gegenüber den persönlichen Entscheidungen der Individuen und dieses Grundprinzip nimmt die französische Familienpolitik auch hinsichtlich familiärer Lebensformen und der Entscheidung für das Kind für sich in Anspruch (Barbier, 1990, S. 343–359). Beim Vergleich solcher Regelungen mit den deutschen Maßnahmen ist festzustellen, dass in Deutschland im Grundsatz die berufliche Selbstständigkeit das einzige Kriterium für den selbstständigen und unabhängigen Erwachsenen geworden ist, während in Frankreich die Entscheidung für ein Kind auch als Kriterium von Selbstständigkeit und Lösung vom Elternhaus interpretiert wird.

Laaksonen (2000) hat den Übergang in das Erwachsenenalter in Finnland und Deutschland miteinander verglichen. Sie kommt für das deutsche System des Sozialstaates zu dem vernichtenden Urteil, dass Deutschland zwar stolz auf seinen Sozialstaat sei und die Familie unter den speziellen Schutz des Staates stelle, dies aber mit der Konsequenz verbunden sei, dass er vor allem der Familie, das heißt den Eltern hilft; die jungen Erwachsenen hingegen bekommen staatliche Unterstützung nicht als Individuen, sondern nur als Familienmitglieder der Herkunftsfamilie. Auch wenn die nordeuropäischen Länder ähnlich wie Deutschland die soziale Bürgerschaft im Wesentlichen mit der Integration in den Arbeitsmarkt verknüpfen, sind ihre Leistungen für junge Erwachsene viel stärker individuell auf die jungen Erwachsenen konzentriert und nicht als Unterstützung für die Eltern dieser jungen Erwachsenen organisiert. Das gilt sowohl für die Unterstützung von Studenten wie aber auch für junge Erwachsene, die noch keine Arbeit gefunden haben. In Finnland beträgt das Höchstalter für den Bezug von Kindergeld 17 Jahre: Vor dem Gesetz endet die elterliche Fürsorge für ihre Kinder mit deren 18. Geburtstag. Doch wenn die Kinder studieren, sind die Eltern weiter mit verantwortlich, dafür gibt es dann jedoch keinerlei Kompensation.

Es gibt eine studentische Unterstützung als Teildarlehen (bis 1997 bekamen Studenten unter 20 nicht die volle Unterstützung, auch wenn sie nicht zu Hause wohnten, bis 1998 wurde die Grenze auf 19 Jahre gemindert und liegt nun beim 18. Lebensjahr); bei den Mitteln wird das eigene Einkommen geprüft und sie sind zeitlich limitiert. Die Unterstützung wird reduziert, wenn man mit 20 Jahren noch zu Hause wohnt. Das Wohngeld zielt besonders auf junge Haushalte mit 18- bis 28-jährigen und auf Studenten ab. Die Arbeitslosenhilfe verringert sich für Personen, die noch im elterlichen Haushalt wohnen, und ist durch das Einkommen der Ehegatten limitiert. Die Sozialhilfe ist wie in Deutschland ein subjektives Recht, das abhängig von Einkommen und Vermögen berechnet wird, es werden aber nur die Mittel der Haushaltsmitglieder geprüft (Laaksonen 2000).

Der Unterschied des finnischen und französischen Systems zu Deutschland liegt in der Tatsache, dass junge Erwachsene im System der sozialen Sicherung nicht allein als Kinder ihrer Eltern interpretiert werden und insofern Stipendien, Unterstützung für die Wohnung und andere Sozialleistungen nicht immer an das Einkommen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern gekoppelt werden, sondern im Grundsatz die Option erkennbar ist, jungen Erwachsenen so früh wie möglich die Möglichkeit zu geben, auf eigenen Füßen zu stehen.

Dass diese Regelungen erhebliche Effekte haben, konnten Cuyvers u. a. (2003) beim Vergleich des Auszugs aus dem Elternhaus bei jungen Erwachsenen in Europa dokumentieren. Ähnlich konnten auch Berthoud und Iacovou zeigen, dass in Deutschland wie in Südeuropa junge Erwachsene und insbesondere junge Männer besonders spät aus dem Elternhaus ausziehen. In Finnland gibt es eher individuelle Maßnahmen, mit denen der Staat junge Menschen im Übergang zum Erwachsensein unterstützt, während in Deutschland die Betonung auf der Fähigkeit der elterlichen Familie zur Unterstützung ihrer Nachkommen liegt. Wenn diese Fähigkeit nicht gegeben ist, wird die Unterstützung eher der Familie gewährt als den jungen Personen selbst, so dass in Deutschland die jungen Menschen oft von ihren Eltern abhängig sind. In Finnland ist zwischen 1990 bis 1996 die Rate der 15- bis 19-Jährigen, die zu Hause leben, von 93 auf 90 Prozent gesunken, die der 20- bis 24-Jährigen von 48 auf 40 Prozent; im selben Zeitraum ist die Gruppe der 25- bis 29-Jährigen, die bei den Eltern leben, von 16 auf 14 Prozent abgesunken. Die deutschen jungen Erwachsenen verbleiben also im Durchschnitt länger im elterlichen Haushalt als ihre nordischen Altersgenossen, obwohl sie teilweise (vor allem die jungen ostdeutschen Frauen) früher mit dem Auszug beginnen als in Finnland. Sie sind aber häufiger noch von der elterlichen Unterstützung abhängig, auch wenn sie schon ausgezogen sind.

Ohne dies im Rahmen dieses Gutachtens prüfen zu können, gehen wir davon aus, dass sich die hier vermuteten Effekte des Hinauszögers der Selbstständigkeit von jungen Erwachsenen auf Grund der familienorientierten Regelungen der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland im Rahmen eines vergleichenden Forschungsprojektes auch empirisch im Einzelnen nachweisen lassen. Insgesamt ist festzustellen, dass die deutschen jungen Erwachsenen nicht auf Grund ihres Alters, sondern weil sie in ihrer transitionalen Position die Rechte zur individuellen Sicherheit noch nicht erworben haben, als Kinder in der Verantwortung ihrer Eltern bleiben. Die Institution Familie ist staatlich geschützt, aber die Ablösung von der Herkunftsfamilie wird anders als in anderen Ländern fast ausschließlich über die ökonomische Selbstständigkeit definiert und nicht über andere Kriterien, wie eigene Kinder oder einen eigenen Haushalt (Laaksonen 2000).

Der Preis für diese Regelungen in Deutschland scheint allerdings sehr hoch zu sein. Die hinausgezögerte Abhängigkeit junger Erwachsener von ihren Eltern, wie sie in Deutschland und in Südeuropa praktiziert wird, führt notwendigerweise dazu, dass Partnerschaft und neue Beziehungen in ihrer Bedeutung für die Zukunftsgestaltung der jungen Erwachsenen konkurrieren mit den Bindungen und Beziehungen zur Herkunftsfamilie, einschließlich der notwendigen Rücksichtnahmen. Ist es schon schwer genug, unter solchen Bedingungen eine eigenständige und vom Elternhaus unabhängige und selbstständige Beziehung auch als Abgrenzung zu den Eltern aufzubauen, führt die heute bestehende Bereitschaft der Eltern und insbesondere der Mütter, ihre Kinder auch bei der Haushaltsführung im gemeinsamen Haushalt der Eltern weiterhin als Kinder zu betrachten und den Service des

Haushalts voll zur Verfügung zu stellen („Hotel Mama“), zudem noch dazu, dass sich die Motivation, sich aus dem Elternhaus zu lösen als einer notwendigen Voraussetzung für die Planung der eigenen Zukunft, auf den beruflichen Bereich reduziert. Möglicherweise ist es eine der großen Paradoxien des deutschen Sozialstaats, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip in besonders großem Umfang versucht, Familien zu unterstützen, und dadurch gleichzeitig gerade aber verhindert, dass die jungen Erwachsenen, die viel mehr Zeit als ihre Eltern in die Entwicklung ihres eigenen Humankapitals investieren müssen, sich von ihren Eltern wirklich lösen und ihre eigene Zukunft in einer Partnerschaft und mit Kindern wirklich gestalten können. Dagegen scheinen die eher auf die Unterstützung des einzelnen jungen Erwachsenen hin konzipierten sozialen Sicherungssysteme in Frankreich und Finnland diesen Selbstständigkeitsprozess stärker zu forcieren.

V. Präferenzen zur Vereinbarkeit

Die Diskussion um den Geburtenrückgang wird in der Regel auf der Basis von Durchschnittswerten geführt, indem etwa die Geburtenrate von 1970 (2,2) mit der Geburtenrate von 2003 (1,39) verglichen wird. Hinter diesen Durchschnitten verbergen sich aber nicht nur ganz unterschiedliche Lebensformen ohne und mit Kindern, sondern es gibt auch bei den familiären Lebensformen mit Kindern Ein-, Zwei-, Drei-, Vier- und Mehrkinderfamilien, was als Tatbestand in der öffentlichen Debatte kaum thematisiert wird. So spricht Kaufmann (2000) von einer Polarisierung zwischen den Erwachsenen, die sich für Kinder entscheiden und denjenigen, die das nicht tun. Auch Rürup (2003) geht in seiner Definition der nachhaltigen Familienpolitik davon aus, dass die Entscheidung für ein Kind quasi automatisch eine mögliche Entscheidung für ein zweites Kind ist und möglicherweise weitere Kinder nach sich zieht, unabhängig von anderen Faktoren. Diese Debatte erinnert ein wenig an die Diskussion der 50er und 60er Jahre, als die Frauen, die sich für Kinder und Beruf entschieden, als Rabenmütter etikettiert wurden, weil die „guten“ Mütter sich „nur“ um ihre Kinder zu kümmern hatten. Schon damals arbeiteten mehr als 30 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern, und Pfeil (1961) zeigt, dass diese Mütter für ihre Kinder genauso engagiert waren wie die Mütter, die sich „nur“ um ihre Kinder kümmerten. Als wichtigster Unterschied zwischen den beiden Gruppen ist festzustellen, dass sich die erwerbstätigen Mütter im Durchschnitt für weniger Kinder entschieden als die Mütter, die zu Hause blieben. Schon damals hat Pfeil versucht, diese Mütter entsprechend unterschiedlicher Motive und Orientierungen für Beruf und Familie in verschiedene Gruppen einzuteilen, um zu verdeutlichen, dass es weder die einheitlich berufsorientierte Mutter noch die einheitlich familienorientierte Hausfrau und Mutter gäbe, sondern auf Grund individueller Lebensentscheidungen und Lebenserfahrungen höchst unterschiedliche Entscheidungen für ganz ausdifferenzierte Lebensmodelle.

Dieser Versuch, auf der Basis unterschiedlicher Werte und Einstellungen die Präferenzen von Frauen zu untersuchen und auf der Basis dieser unterschiedlichen Präferenzen die jeweilige Entscheidung für Kinder überhaupt, für ein oder für mehrere Kinder, für eine Kombination von Beruf und Kindern oder aber für eine Hausfrau- und Mutterrolle zu sehen, wurde damals kaum zur Kenntnis genommen, weil die Definition der „guten“ Mutter als derjenigen, die sich nur um ihre Kinder kümmert, so dominant war, dass vorsichtige Differenzierungen dieses Modells keine Chancen hatten. Auch heute neigen Sozialwissenschaftler dazu, die Frauen also eine homogene Gruppe zu betrachten und als kaum unterschiedlich von den Männern – mit einheitlichen Präferenzen und politischen Interessen. Hakim (2003a) führt dies darauf zurück, dass viele Sozialwissenschaftler und Sozialpolitikforscher zumeist nur die Strukturen der Gesellschaft und der sozialen Sicherungssysteme betrachten und die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe und konfligierender Interessen schon deswegen nicht zur Kenntnis nehmen, weil dann bestimmte politische Maßnahmen angesichts einer solchen Heterogenität nicht die erwartete Wirkung zeigen können.

Deshalb versucht Hakim in der von ihr entwickelten Präferenztheorie die unterschiedlichen Wahlalternativen, die Frauen zwischen marktorientierter Arbeit und Familienarbeit wählen, aus einer historischen Perspektive zu erklären und mit empirischen Daten zu belegen. Sie unterscheidet drei Lebensstile, die sich in allen sozialen Gruppen und auf allen Ebenen des Ausbildungssystems finden: ausschließlich berufsorientierte Frauen, familien- und haushaltsorientierte Frauen sowie adaptive Frauen.

Ausschließlich berufsorientierte Frauen sind nach Hakims Auffassung trotz des gestiegenen Bildungsniveaus der Frauen und der Integration der Frauen in professionelle Berufe auch heute noch eher eine Minderheit. Genau genommen ist der Ausdruck ‚berufsorientiert‘ unkorrekt, da der Lebensschwerpunkt dieser Frauen (und auch vieler Männer) lediglich ein anderer ist als Mutterschaft und Familienleben und daher auch Frauen, die ihren Lebenssinn im Sport, in der Politik oder in der Kunst sehen, in diese Gruppe fallen. Wenn sie Kinder bekommen, ändern sie auf keinen Fall ihre Prioritäten mit der Geburt des Kindes und organisieren die Kinderbetreuung größtenteils außer Haus. Berufsorientierte Frauen wünschen sich aus den gleichen Gründen Kinder, die auch häufig von Männern genannt werden: Weil es normal ist, Kinder zu haben, und als eine Ergänzung zu anderen Lebenszielen.

Die zweite Gruppe der Frauen, die Hakim der familien-/haushaltsorientierten Perspektive zuordnet, entscheidet sich stärker für ein privates, familiäres Leben außerhalb der Öffentlichkeit und der beruflichen Sphäre. Auch dieser Lebensstil lässt sich in allen sozialen Schichten beobachten. Familien-/haushaltsorientierte Frauen vermeiden es, außerhalb der Familie zu arbeiten, solange keine finanziellen Probleme auftreten. Sie investieren jedoch nicht unbedingt weniger in ihre Qualifikationen und nutzen das Bildungssystem auch als Heiratsmarkt. Bei dieser Gruppe von Frauen spielen nicht nur die Kinder in der eigenen Lebensplanung eine große Rolle, sondern auch der Haushalt und das eigene Haus sind Teil der eigenen Lebens- und Zukunftsgestaltung.

Die von Hakim als adaptiv bezeichnete dritte Gruppe von Frauen will eigentlich das Beste aus beiden Welten. Nach Hakim ist dies vermutlich die größte Gruppe der Frauen, und sie wählen deswegen auch bevorzugt bestimmte Berufe, wie beispielsweise Lehrerin, in denen die Balance zwischen Familie und Arbeitswelt am leichtesten herzustellen ist. Sie versuchen, Teilzeit zu arbeiten und zudem Arbeitszeit und Familienzeit so zu kombinieren, dass sich ihre Familienwerte und die Beziehungen zu ihren Kindern, zum Partner und zu den Nachbarn mit ihrer Berufsorientierung und ihrer beruflichen Arbeit optimal vereinbaren lassen.

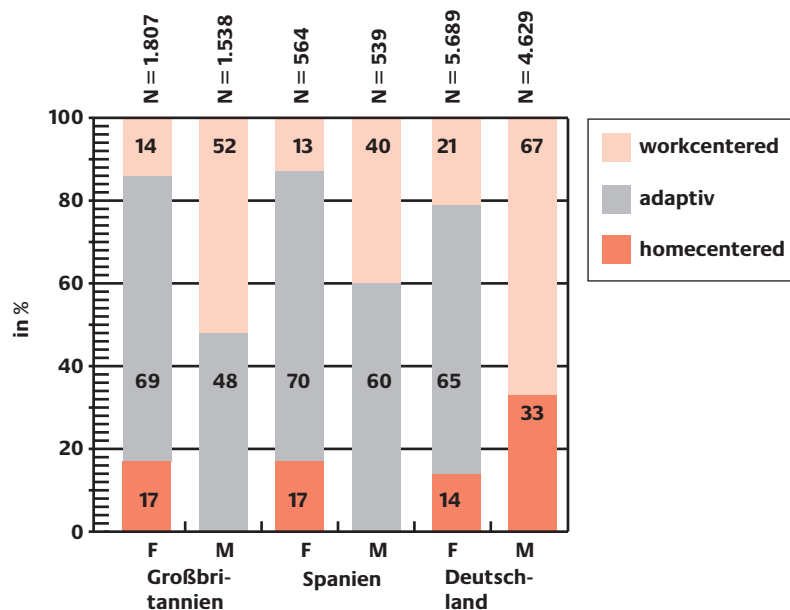
Verständlicherweise fallen die Reaktionen dieser verschiedenen Frauengruppen auf familienpolitische Maßnahmen entsprechend ihrer Präferenzen sehr unterschiedlich aus. Berufsorientierte Frauen sind vor allem empfänglich für Gleichstellungspolitiken und für alle Maßnahmen, die ihre beruflichen Orientierungen und Entfaltungsmöglichkeiten unterstützen. Familien-/haushaltsorientierte Frauen hingegen werden von diesen Arbeitsmarkt-Politiken nicht tangiert und sind stattdessen offen für Familien- und Sozialpolitiken, die das Aufziehen von Kindern sowohl finanziell als auch hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung und des Status unterstützen, aber beispielsweise auch für Eigentums-/Eigenheimförderung. Da adaptive Frauen Familienleben und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren versuchen, sind sie empfänglich für alle Formen von Zeitpolitik und Infrastrukturpolitik, die die unterschiedlichen Lebensbereiche leichter vereinbaren lassen. Diese Gruppe ist aber

auch ein besonderer Adressat für eine Politik, die die Benachteiligungen, die sich aus solchen adaptiven Lebensentwürfen ergeben, aufhebt oder doch zumindest mindert. Hakim betont, dass eine erfolgreiche Familienpolitik die unterschiedlichen Präferenzen und Lebensstile berücksichtigen muss, da Maßnahmen, die sich ausschließlich an die berufs- oder an die familienorientierten Frauen richten, immer nur eine Minderheit unterstützen. Auf Grund dieser unterschiedlichen Präferenzen gibt es nach Hakims Auffassung auch die gleichen Konflikte zwischen den Frauengruppen, etwa hinsichtlich des Ausbaus der öffentlichen Betreuung oder der besonderen Förderung von Frauen in Spitzenpositionen, wie sie auch allgemein in der Gesellschaft zu beobachten sind.

Die Verteilung der Präferenztypen kann im internationalen Vergleich sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. So ist nach Hakims Ergebnissen in Nordeuropa eine größere Homogenität der Lebensstile zu beobachten als in den Ländern, die auf Grund ihrer kulturellen und religiösen Heterogenität und auf Grund ihrer pluralen ethnischen Struktur eine Vielzahl unterschiedlicher Werte und Lebensstile akzeptieren müssen. Aus ihrer Sicht werden politische Maßnahmen im Bereich von Familie in ihrer Wirksamkeit nur dann wirklich einschätzbar, wenn solche unterschiedlichen Präferenzstrukturen berücksichtigt werden. Hakim hat für England und Spanien (2000) den adaptiven Typus als am häufigsten nachgewiesen: In beiden Ländern sind etwa 65 bis 70 Prozent der Frauen als adaptiv einzuordnen, während sich die beiden anderen Gruppen den Rest teilen.

Der Familiensurvey (Bertram, 1991, 1995; Bien u. a., 2000) enthält Daten zu den Präferenzen hinsichtlich der unterschiedlichen Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder, ähnlich der Untersuchung von Hakim, so dass die Verteilung der Präferenzen in Deutschland mit England und Spanien verglichen werden kann.

Abbildung 7: Die Verteilung der Arbeitstypen für Männer und Frauen in Großbritannien, Spanien und Deutschland



Quelle: Daten für GB und Spanien: Hakim (2003a); Daten für Deutschland: DJI Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen

Die Ergebnisse zeigen für Deutschland eine ähnliche Struktur wie die Daten aus Spanien und England. Den größten Anteil bei den befragten Frauen hat auch in Deutschland die adaptive Gruppe mit 60 Prozent im Jahr 1995 und inzwischen (2000) mit 65 Prozent. Die Gruppe der berufsorientierten Frauen, die 1995 noch 26 Prozent umfasste, ist etwas zurückgegangen, was im Wesentlichen auf Ostdeutschland zurückzuführen ist, wo das adaptive Modell deutlich zugenommen hat. Wie in Spanien und England unterscheiden sich die befragten Männer deutlich von den Frauen, da etwa zwei Drittel für sich selbst eine berufsorientierte Lebensperspektive haben, aber etwa ein Drittel gibt einen adaptiven Lebensentwurf an. Trotz der deutlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen dient hervorgehoben zu werden, dass ein Teil der Männer Präferenzen für eine andere als eine rein berufsorientierte Lebensführung erkennen lässt. Allerdings ist diese Gruppe kleiner als in den von Hakim untersuchten Ländern. Auch ist hier im Untersuchungszeitraum keine Änderung zwischen 1995 und 2000 erkennbar, so dass für die Mehrheit der deutschen Männer der Beruf immer noch eine dominante lebenslange Bedeutung hat.

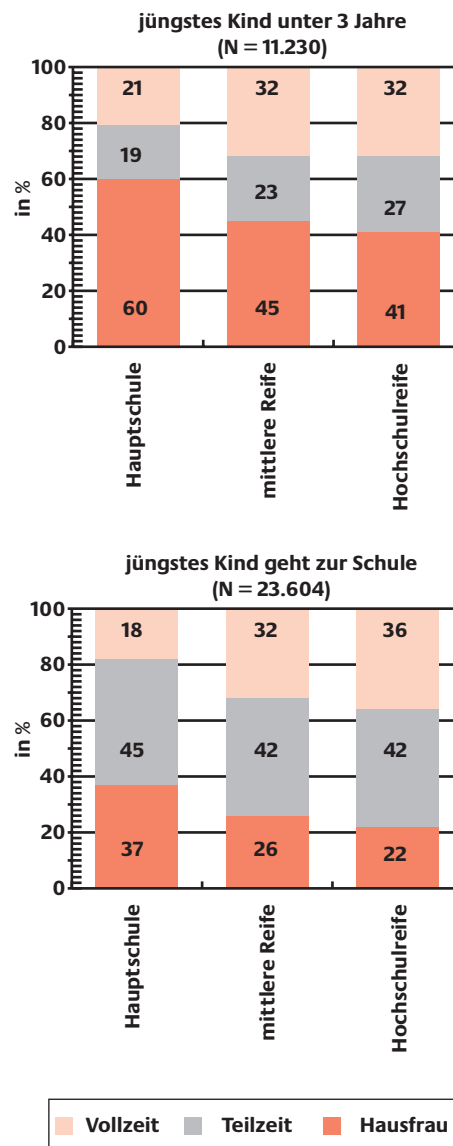
5.1 Präferenz und tatsächliches Verhalten

Beim Vergleich dieser Präferenzen mit den tatsächlichen Verhaltensweisen im Mikrozensus, differenziert nach Schulabschluss, zeigen sich deutliche Diskrepanzen zwischen den geäußerten Präferenzen und dem beobachtbaren Verhalten. Im Mikrozensus 2000 zeigt sich bei den Frauen mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt ein starker Zusammenhang zwischen dem höchsten erreichten Schulabschluss und dem gelebten Berufsmodell. Von den Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen (mittlere Reife und Hochschulreife) und mit Kindern unter 15 Jahren sind rund ein Drittel voll erwerbstätig, 40 Prozent arbeiten Teilzeit und rund ein Viertel sind Hausfrau. Bei den Frauen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss liegen die Anteile bei 37 Prozent für „homecentered“ und 45 Prozent für Teilzeittätigkeit, während die Vollerwerbstätigkeit mit 18 Prozent nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Zwischen 1995 und 2000 sind zudem auch deutliche Veränderungen in den Daten des Mikrozensus zu erkennen. In allen Bildungsgruppen ist ein Rückgang der „Homecentered“-Gruppe zu beobachten. Dieser Wandel vollzieht sich jedoch nicht von der Hausfrauenrolle zur Vollerwerbstätigkeit, sondern zur Teilzeittätigkeit. Interessanterweise ist zwischen 1995 und 2000 die Vollerwerbstätigkeit bei Müttern mit Kindern im Schulalter sogar tendenziell zurückgegangen und dafür die Teilzeittätigkeit deutlich angestiegen, und zwar in allen Qualifikationsgruppen. Das kann zumindest als Hinweis auf einen Prozess interpretiert werden, dass die Frauen versuchen, Präferenz und tatsächliches Verhalten in eine größere Übereinstimmung zu bringen.

Allerdings zeigt eine Differenzierung nach dem Alter des jüngsten Kindes sehr deutlich, dass auch Frauen mit Hochschulreife bei Kindern unter 3 Jahren zu 40 Prozent Hausfrauen sind und ein Drittel von ihnen voll erwerbstätig ist; bei den 3- bis 6-Jährigen bleibt das Muster zwischen den Bildungsabschlüssen konstant. Die jeweilige Veränderung zwischen den drei Präferenzen, nämlich Abnahme der Hausfrauenrolle, vollzieht sich immer in Richtung auf Teilzeit-, nicht aber auf Vollzeittätigkeit, und das gilt auch für die anderen Qualifikationsgruppen.

Abbildung 8: Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit vom höchsten Schulabschluss, 2000

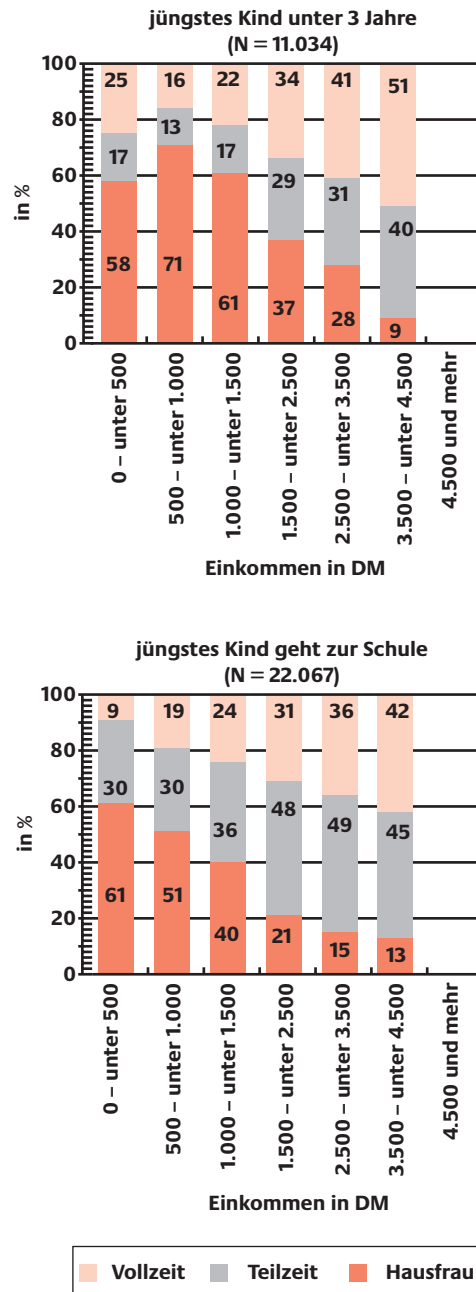


Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen

Von ganz entscheidender Bedeutung für die Verteilung dieser Arbeitsausmaße ist das gewichtete Pro-Kopf-Familien-Nettoeinkommen. So sinkt mit steigendem Einkommen der Anteil der „Homecentered“-Frauen von über 60 auf unter 20 Prozent. Gleichzeitig sind nun deutlich mehr Frauen voll erwerbstätig.

Das gilt in ähnlicher Weise bei den Kindern unter drei Jahren, bei denen die „Homecentered“-Rolle in den oberen Einkommensgruppen auf 20 Prozent sinkt, dagegen die Vollerwerbstätigkeit 50 Prozent beträgt.

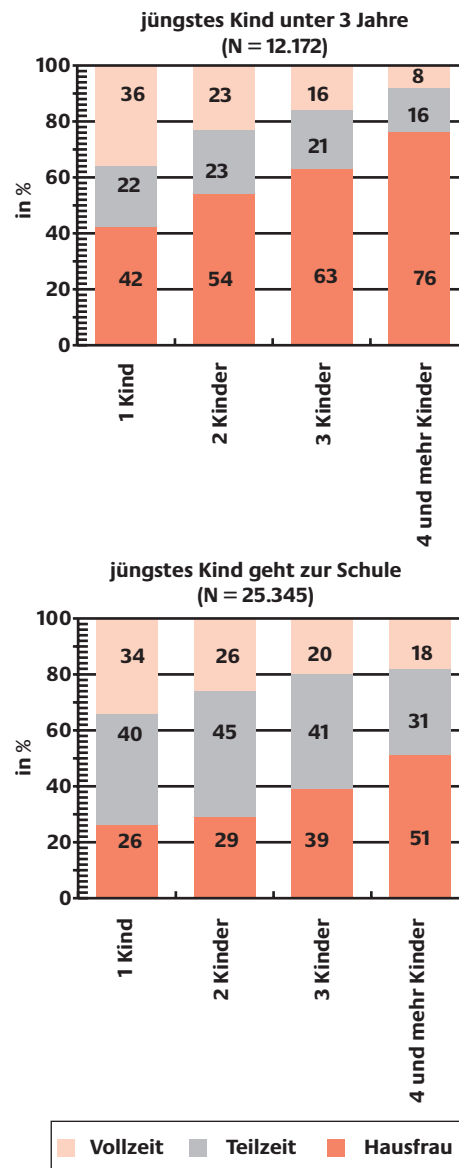
Abbildung 9: Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit vom gewichteten Pro-Kopf-Familieneinkommen, 2000



Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen

Allerdings steigt mit zunehmender Kinderzahl der Anteil der „Homecentered“-Frauen deutlich an: Während ein knappes Drittel der Mütter mit einem Kind dieser Gruppe zuzuordnen ist, sind es bei Frauen mit vier und mehr Kindern über die Hälfte. Der Anteil der „Homecentered“-Frauen steigt auf über drei Viertel dieser Mütter, wenn mindestens eins der vier Kinder unter drei Jahre alt ist. So ist neben der Kinderzahl auch das Lebensalter der Kinder ein entscheidender Prädiktor für den gewählten Lebensstil, jeweils differenziert nach Einkommen und Schulabschluss.

Abbildung 10: Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit von der Kinderzahl, 2000

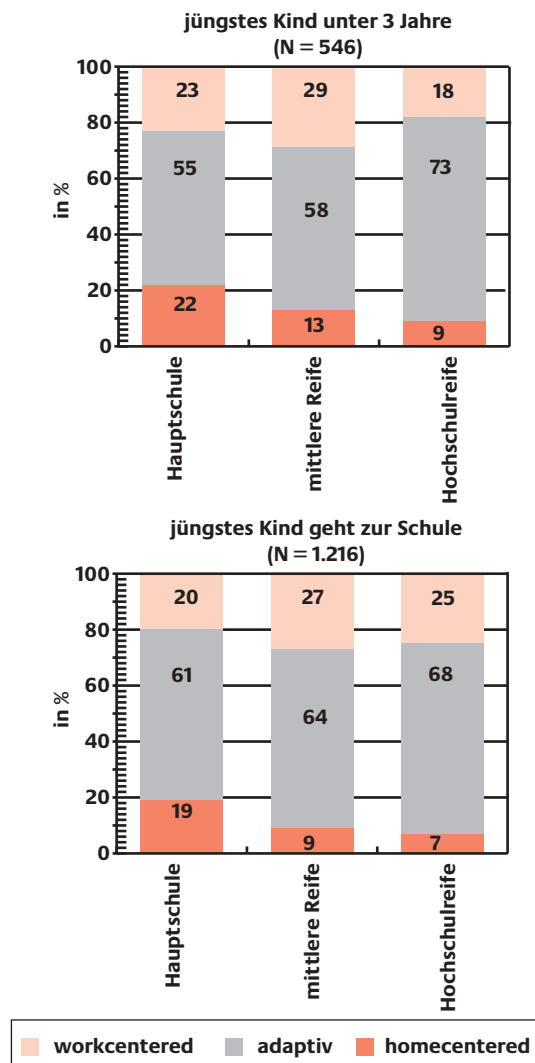


Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen

In dem kurzen Zeitraum von fünf Jahren zwischen 1995 und 2000 zeichnet sich deutlich ab, dass das Modell der Hausfrau tendenziell zurückgeht, nicht aber durch die Vollerwerbstätigkeit ersetzt oder ergänzt wird, sondern eher durch eine Teilzeittätigkeit. Die hier beschriebenen Entwicklungen lassen sich auch für andere Länder zeigen, wie beispielsweise Frankreich, wo die Frauenerwerbsquote insgesamt höher ist als in Deutschland. Das ist aber nicht Ergebnis der Tatsache, dass dort Mütter mit sehr kleinen Kindern und mit mehreren Kindern häufiger arbeiten als in Deutschland, sondern dass hier die Frauen früher als in Deutschland dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und, was nicht zu vergessen ist, in der Regel auch länger erwerbstätig sind als in Deutschland.

Die Ergebnisse des Mikrozensus auf der Basis des beobachtbaren Verhaltens folgen im Wesentlichen den Vorstellungen, die nach der Theorie der Opportunitätskosten zu erwarten sind, weil bei hohen Investitionen in Bildung und Beruf die volle Erwerbstätigkeit als ganze Hingabe an den Beruf auch als Präferenz vermutet wird und ein hohes Pro-Kopf-Einkommen die eigenen Präferenzen auch in Richtung auf eine Maximierung des ökonomischen Gewinns ausrichtet. Hingegen zeigen die gemessenen Präferenzen im Familiensurvey (2000) sehr deutlich, dass diese Zusammenhänge so eindeutig eben doch nicht sind. Natürlich wird auch bei den Präferenzen deutlich, dass Frauen mit Hochschulreife ein geringeres Maß an „Hausfrauen“-Orientierung aufweisen, nämlich unter 10 Prozent gegenüber einem Viertel der Frauen mit Hauptschulabschluss. Entscheidend dabei ist jedoch, dass auch die Frauen mit Hochschulreife nur zu 18 Prozent eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit als Präferenz angeben, aber 73 Prozent eine Erwerbstätigkeit wünschen, die in Abhängigkeit vom Lebensalter des Kindes unterschiedliche Zeitmodelle ermöglicht.

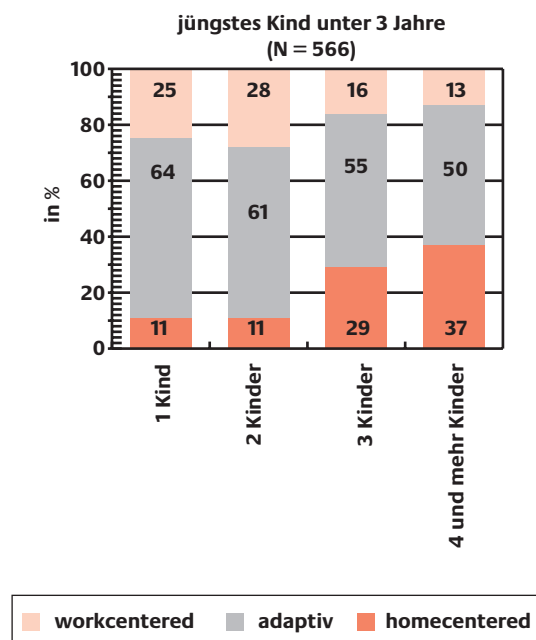
Abbildung 11: Präferierte Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist oder zur Schule geht, in Abhängigkeit vom höchsten Schulabschluss, 2000



Diese Ergebnisse stimmen recht genau mit Befunden aus England überein. Denn auch in den Untersuchungen von Hakim präferierte die größte Gruppe, nämlich etwa 60 Prozent, der befragten Mütter ein Modell, das ihnen die Gestaltung ihrer Erwerbstätigkeit auch in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder ermöglichte, um auch die Bedürfnisse der Kinder in die Zeitstrukturen des Erwerbslebens einfügen zu können. Unterschiedliche Varianten von Teilzeittätigkeit in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder sind für die Mehrheit der befragten Frauen im Familiensurvey das Modell der Wahl. Dabei wird aus einem Vergleich der jüngeren mit den älteren Altersgruppen auch deutlich, dass nicht die Vollerwerbstätigkeit als Alternative zur Hausfrauen-Tätigkeit gesehen wird, sondern das Modell einer interaktiven Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

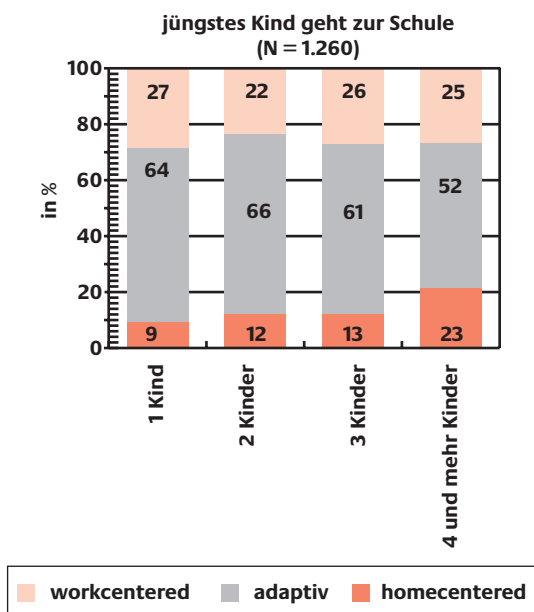
Anders als beim tatsächlichen Verhalten spielt das Einkommen bei den Präferenzen eine viel geringere Rolle, weil sich die Verteilung der Typen in den unterschiedlichen Einkommensgruppen kaum unterscheidet. Dagegen ist die Zahl der Kinder von ganz erheblicher Bedeutung, da sich Frauen mit mehreren Kindern viel häufiger für die Hausfrauenrolle entscheiden als Frauen mit einem Kind. Das gilt im Übrigen auch für den Kinderwunsch. Aber auch bei den Frauen mit Kindern unter drei Jahren gibt es einen signifikanten Anteil von 13 Prozent, die auf jeden Fall dauerhaft voll erwerbstätig sein wollen.

Abbildung 12: Präferierte Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt ist, in Abhängigkeit von der Kinderzahl, 2000



Quelle: Deutsches Jugendinstitut Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen

Abbildung 12.1: Präferierte Arbeitstypen von Frauen, deren jüngstes Kind zur Schule geht, in Abhängigkeit von der Kinderzahl, 2000



Quelle: Deutsches Jugendinstitut Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen

Beim Vergleich dieses Modells mit den männlichen Verhaltensmustern bleibt festzustellen, dass auch hier die Ergebnisse von Hakim bestätigt werden. Hakim geht nämlich davon aus, dass die männliche Rolle in modernen Gesellschaften viel stärker auf Beruf und Arbeit hin orientiert ist und Angleichungsprozesse auch in einer egalitären Gesellschaft eine längere Zeit brauchen. Gleichzeitig wirft sie jedoch auch die Frage auf, ob dieser Angleichungsprozess der weiblichen Rolle notwendigerweise nur in Richtung auf die männliche Berufsrolle mit einer kontinuierlichen, ununterbrochenen und vollen Erwerbstätigkeit und der Dominanz außerhäuslicher Tätigkeiten die einzig denkbare und mögliche Entwicklung darstellt.

Auf der Basis der vorliegenden Daten ist zunächst festzuhalten, dass die befragten Frauen sowohl in England wie in Deutschland hinsichtlich der unterschiedlichen Präferenzen der Vereinbarkeit unterschiedlicher Lebensbereiche gegenwärtig nur mit einer Minderheit für ein Modell optieren, das im Wesentlichen der männlichen Erwerbsrolle entspricht, und gleichzeitig konstruiert auch nur eine Minderheit, und dies gilt auch für Mütter mit mehreren Kindern, die Hausfrauen- und Mutterrolle als eine Alternative zur männlichen Erwerbsrolle. Dabei gilt besonders für die jüngeren Frauen, dass der größte Teil von ihnen weder in den Kategorien männlicher Erwerbsmuster denkt noch in den Kategorien der eigenen Muttergeneration mit dem männlichen Haupternährer als alternativer Ergänzung zur Mutterrolle. Die Mehrzahl der Frauen in England, die Hakim befragte, denken ebenso wie die Mehrzahl der Frauen in Deutschland, die in den drei Wellen des Familiensurveys befragt wurden, in einer Konzeption des „sowohl als auch“ in Abhängigkeit von der kindlichen Entwicklung.

Nun muss bei Präferenzen sehr vorsichtig mit der Argumentation von Mehrheiten und Minderheiten umgegangen werden, weil die subjektiven Entscheidungen für unterschiedliche Lebensstile von Staat und Gesellschaft auch respektiert werden müssen. Frauen und

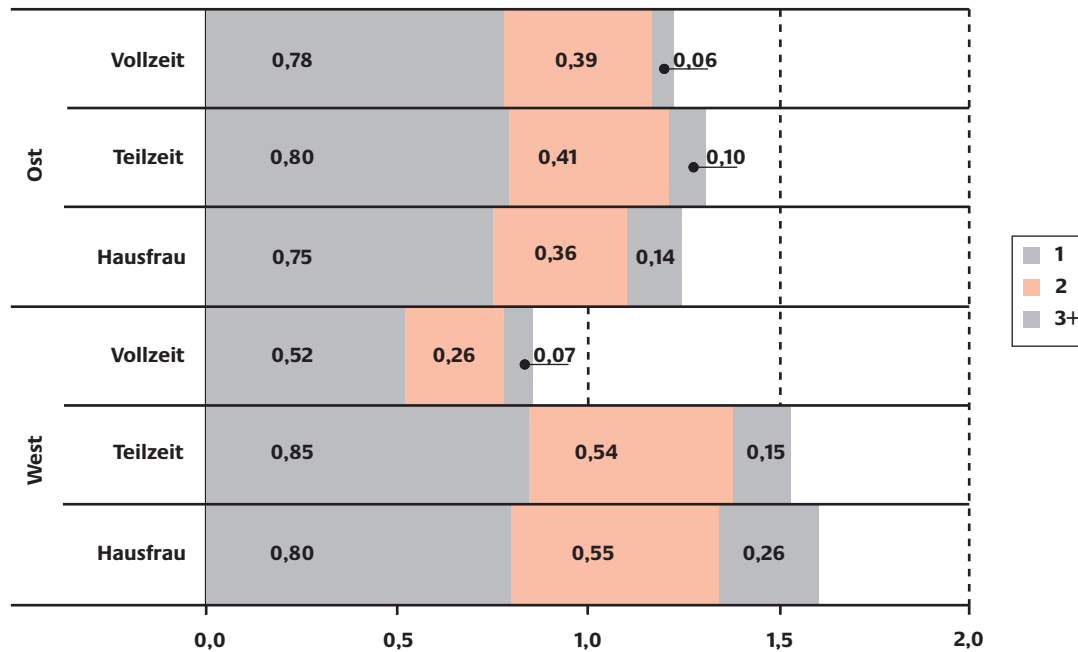
Mütter, die den männlichen Erwerbsmustern folgen wollen, weil sie dies für sich persönlich als richtig einschätzen, haben das gleiche Recht, wenn sie sich für Kinder entscheiden oder entscheiden wollen, unterstützt zu werden wie diejenigen, die sich aus anderen Gründen für das klassische Modell der Hausfrau und Mutter entscheiden. Deutlich wird bei diesen Präferenzen etwas ganz anderes: Eine nachhaltige Familienpolitik, die in ihrer Grundstruktur nicht auf diese unterschiedlichen Präferenzen mit unterschiedlichen Optionen reagiert, wird erhebliche Schwierigkeiten haben, erfolgreich zu sein, weil sie notwendigerweise immer bestimmte Gruppen von Frauen und Müttern nicht anspricht. Eine Familienpolitik, die nicht einen Mix aus Zeit-, Infrastruktur- und Geldpolitik anbietet, wird diesen unterschiedlichen Präferenzen nicht gerecht. Darüber hinaus gibt es ein erhebliches Potenzial für Arbeitszeitkonzepte und Berufspositionen, die einem adaptiven Modell folgen. Die jetzt gemessenen Präferenzen mögen sich in Zukunft verändern, aber die bisher beobachtbaren Wandlungstendenzen tendieren nicht von der Hausfrauenrolle zur Vollerwerbstätigkeit und einem männlichen Erwerbsmodell, sondern eher zu einem adaptiven Modell.

Auch wenn das nicht Gegenstand dieses Gutachtens ist, zeigen auch die männlichen Befragten im Familiensurvey Präferenzen dahingehend, mehr Möglichkeiten für adaptive Modelle auch bei Männern zu realisieren als das heute der Fall ist. Dass diese Annahme keine Spekulation ist, zeigt sich bei der sehr konsequenten Teilzeitpolitik in den Niederlanden, wo der Anteil der Männer in Teilzeit bei fast 20 Prozent liegt (Klammer, 2004). Die Realisierungschancen und auch die möglichen Arbeitsmarkteffekte solcher Modelle sind sicherlich auch noch eigens zu untersuchen. Davon abgesehen glauben 62 Prozent der Befragten einer Studie des Bundesverbandes Deutscher Banken, dass fehlende Teilzeitjobs ein Grund dafür seien, dass die Deutschen immer weniger Kinder bekommen (2004).

5.2 Präferenz und Geburtenrate

Nun ließe sich natürlich auch die These vertreten, dass solche Präferenzen, wenn sie in der Familienpolitik berücksichtigt werden, zwar den unterschiedlichen Lebensvorstellungen von Frauen gerecht werden, aber im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik keine Effekte zu erwarten sind, weil beispielsweise die Entscheidung für ein Kind oder aber für mehrere Kinder weder von dem tatsächlichen Arbeitsmarktverhalten noch von diesen Präferenzen abhängig ist. Das ist aber nicht der Fall. Vergleicht man die realisierte Kinderzahl der voll erwerbstätigen Frauen mit der realisierten Kinderzahl der Teilzeit erwerbstätigen und der nicht erwerbstätigen Frauen, so zeigt der Mikrozensus, dass die Frauen mit einer adaptiven Lebenskonzeption ähnlich wie die Hausfrauen eine höhere Kinderzahl realisieren als die voll erwerbstätigen Frauen. Bei dieser Gruppe ist die Kinderlosigkeit besonders hoch und die realisierte Kinderzahl besonders niedrig, wie es nach den Ergebnissen von Hakim auch zu erwarten ist. Legt man nur die Zahlen des Mikrozensus zu Grunde, würde ein Modell der Vollerwerbstätigkeit und die Angleichung der weiblichen Erwerbsbiographie an die männlichen Erwerbsmuster in Deutschland unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einem weiteren Rückgang der Kinderzahlen unter ein Kind pro Frau führen. Die internationale Diskussion zur Frage des Einflusses der Erwerbstätigkeit auf die Fruchtbarkeit (OECD 2001) ist für Deutschland eindeutig zu beantworten: Unter den gegenwärtigen Bedingungen führt Vollerwerbstätigkeit in der Regel zu weniger Kindern. Das gilt im Übrigen auch für England (Hakim, 2003a).

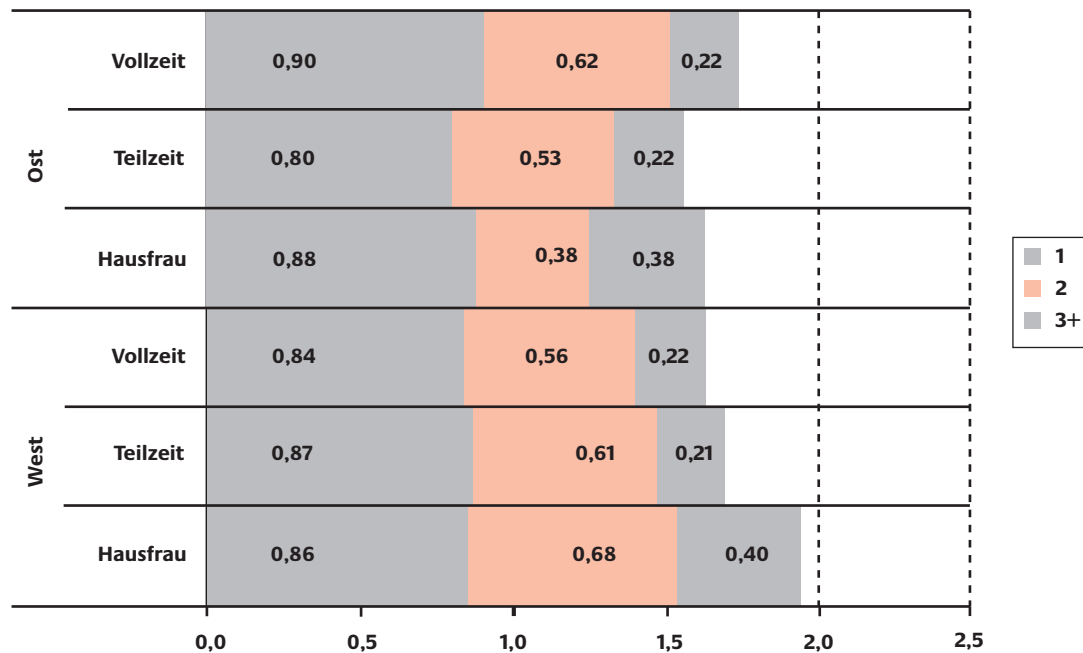
Abbildung 13: Geburtenrate 40- bis 44-jähriger Frauen nach Arbeitstypen



Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen, N=18.128

Der Familiensurvey zeigt bei den Präferenzen bei einer etwas anderen Alterseinteilung (wegen der Stichprobengröße) übereinstimmende Ergebnisse. Die meisten Kinder leben bei Müttern mit einer Präferenz für die „Hausfrau- und Mutterrolle“, in Westdeutschland ist der Anteil der Mehrkinderfamilien mit 3 und mehr Kindern sowohl bei den Teilzeit- wie bei den Vollzeitpräferenzen erheblich niedriger, wobei die Frauen mit Teilzeitpräferenzen insgesamt etwas mehr Kinder haben.

Abbildung 14: Geburtenrate 30- bis 50-jähriger Frauen nach präferierten Arbeitstypen



Quelle: Deutsches Jugendinstitut Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen, N=3.282
(Achtung: nur 8 Ost-Hausfrauen)

Auch das ist kein spezifisch westdeutsches Ergebnis, sondern konnte schon in der früheren DDR beobachtet werden. Es war der DDR zwar gelungen, das Erstgeburtsalter niedrig zu halten und damit eine Geburtenrate von etwa 1,8 zu erreichen, gleichzeitig gab es aber in der früheren DDR viel weniger Familien mit 3 und mehr Kindern als in Westdeutschland oder etwa in Frankreich, Finnland oder den USA. Allerdings war in der DDR der Anteil der Frauen mit Hochschulabschluss mit rund 10 Prozent viel niedriger als in der Bundesrepublik, so dass das Modell schon deswegen problematisch ist, weil Deutschland den Anteil der hoch und höchst qualifizierten Frauen eher noch steigern muss. Daher müssen wir davon ausgehen, dass es auf Dauer einen signifikanten Anteil von jungen Männern und jungen Frauen gibt, die sich nicht für Kinder entscheiden, weil sie als Berufsmenschen andere Lebensziele für nicht so wichtig erachten. Zur Reduktion der Kinderlosigkeit wie in Frankreich oder Finnland benötigen wir also Modelle, die adaptive Lebensstile ebenso ermöglichen wie die Realisierung von Kinderwünschen bei voll erwerbstätigen Frauen, wie aber auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Frauen und Mütter, die ihren Lebenssinn in der Familie und im Haushalt finden.

Dabei gehen wir nicht davon aus, dass es direkte Effekte einzelner Maßnahmen im Sinne einer Kausalität zur Steigerung von Geburtenraten gibt. Denn Einstellungen von jungen Frauen und Männern zu Kindern und Entscheidungen für ein Kind sind und bleiben persönliche Entscheidungen, die sich aus vielen Motiven speisen. Wenn aber eine Familienpolitik, die nicht in der traditionellen Konfrontation von Geldtransfers zu Infrastruktur konzipiert ist, sondern als intelligente Mischung aus Zeitoptionen, entwickelten Infrastrukturangeboten und Geldtransfers gestaltet wird, dann zeigt der Staat, dass er die unter-

schiedlichen Präferenzen und Lebensentwürfe in seinen familienpolitischen Leistungen so gleichwertig behandelt, dass sich junge Frauen und junge Männer abhängig von den eigenen Präferenzen für einen bestimmten Lebensstil für Kinder entscheiden können.

Denn eine voll auf den Beruf hin orientierte Frau weiß dann, dass die Bereitschaft, Verantwortung für ein Kind zu übernehmen, nicht zu dauernden Benachteiligungen in der eigenen Karriere führt. Eine adaptiv orientierte Frau weiß, dass eine intelligente Zeitpolitik den zeitweiligen Berufsausstieg ebenso ermöglicht wie die Integration von kindlichen Bedürfnissen und den Anforderungen der Arbeitswelt. Und eine auf den Haushalt und die Mutterschaft hin orientierte Frau weiß, dass die Entscheidung für mehr Kinder gesellschaftlich genauso hoch geschätzt wird wie die Berufskarriere, und sie weiß darüber hinaus, dass eine solche Entscheidung zu diesem Lebensstil bei herangewachsenen Kindern auch revidiert werden kann. Bei solchen vielfältigen politischen Antworten auf die unterschiedlichen Präferenzmodelle ist zu vermuten, dass Deutschland sich bei den Kinderzahlen wieder in das europäische Mittelfeld einordnet.

VI.

Szenarien zur Geburtenentwicklung

Auch wenn eine Kalkulation unterschiedlicher Geburtenraten auf der Basis unterschiedlicher Annahmen, die sich aus der bisherigen Argumentation ergeben, notwendigerweise spekulativ ist, weil wir die zukünftigen Lebensvorstellungen und Entscheidungsgrundlagen junger Erwachsener für Kinder nicht kennen können und – anders als bei wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen – auch kaum Aussagen über die Rationalität solcher personaler Entscheidungen zur Grundlage gemacht werden können, haben wir verschiedene Szenarien berechnet, um deutlich zu machen, dass eine Familienpolitik, die nicht versucht, verschiedene Maßnahmen zu kombinieren, mit einiger Wahrscheinlichkeit nur einen sehr begrenzten Effekt auf die Geburtenentwicklung haben kann. Hingegen vermuten wir hier, wenn auch mit der gebotenen Vorsicht, dass ein Policy Mix aus unterschiedlichen Strategien erfolgreicher sein wird.

Als Grundlage (erstes Szenario) nehmen wir eine konstante Periodenfertilität von 1,34 Kindern pro Frau an, wie sie für Deutschland 2003 vom Statistischen Bundesamt aus der Geborenenstatistik der Standesämter berechnet wird. Dieses Szenario dient im weiteren Verlauf zum Vergleich (vgl. Abbildung 15).

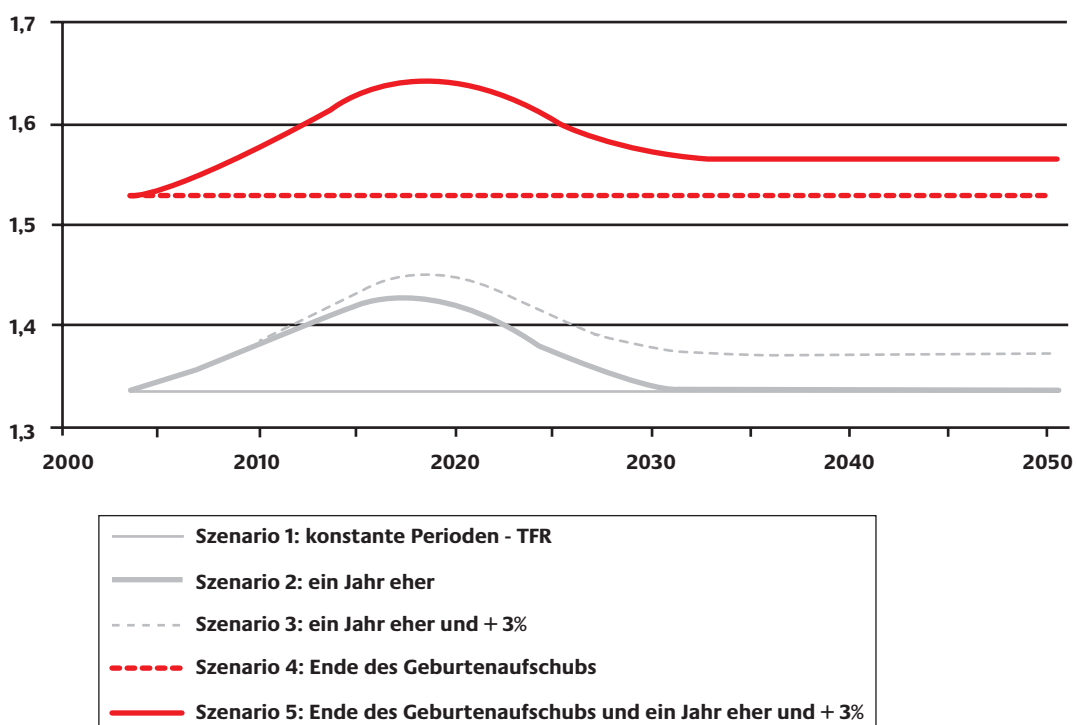
Im zweiten Szenario testen wir den Verlauf der TFR (Total Fertility Rate, Geburtenrate) unter der Annahme, dass das Alter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder um ein Jahr nach vorne verlagert würde. Diese Annahme gilt sowohl für das Alter bei Geburt des ersten Kindes als auch bei den folgenden Kindern. Wir gehen in unseren Berechnungen davon aus, dass nicht abrupt alle Frauen eher Kinder bekämen, sondern dass die im Jahr 2003 15-jährigen Frauen die ersten wären, die von dieser Reform betroffen sind. Dieses Szenario könnte nach Berechnungen von Skirbekk et al. (2004) zum Beispiel durch eine Schulreform und die Verkürzung der Ausbildungszeiten ausgelöst werden, aber auch durch eine frühere Unabhängigkeit der jungen Erwachsenen vom Elternhaus. Das Vorziehen des Alters bei der Geburt hat einen Effekt auf die TFR für die nächsten 33 Jahre. Im Jahr 2017 läge die TFR unter dieser Annahme bei ihrem Höhepunkt von 1,43 Kindern pro Frau, also um 0,1 über dem Ausgangsniveau. Ab 2037 pendelt sich die TFR wieder bei 1,33 ein, da die Frauen in der Summe die Zahl ihrer Kinder nicht vergrößern.

Im dritten Szenario folgen wir Berechnungen von Kohler et al. (2001, zitiert nach Lutz/Skirbekk, 2004), wonach ein Vorziehen des Geburtsalters um ein Jahr die Kohortenfertilität um 3 Prozent anhebt. Wenn also die heutigen 15-Jährigen (2003) ihre Kinder durchschnittlich ein Jahr eher bekommen, erhöht sich die CTFR der heute 15-Jährigen unter dieser Annahme um 3 Prozent. Ein Anheben der Kohortenfertilität wirkt sich positiv auf die Gesamtfertilität aus. Dieser Effekt hat auch langfristig einen Einfluss auf die Geburtenrate und führt dazu, dass die TFR nicht auf ihr Ausgangsniveau zurücksinkt, sondern ab dem Jahr 2037 bei 1,38 stagniert.

Im vierten Szenario nehmen wir an, dass das Aufschieben der Geburten sofort beendet würde. Bevölkerungswissenschaftler sprechen hier vom so genannten „Tempoeffekt“, der die Geburtenziffern in ganz Europa negativ beeinflusst. Das durchschnittliche Alter der deutschen Mütter bei Geburt ihrer Kinder verzögerte sich zwischen den Jahren 2001 bis 2003 jährlich um 0,1 Jahre (2001: 29,7 Jahre; 2002: 29,8 Jahre; 2003: 29,9 Jahre (Statistisches Bundesamt)). Wir folgen den Annahmen von Lutz et al., nach dessen Berechnungen, basierend auf Daten von Europäischen Ländern zwischen 1980 und 2000, eine Erhöhung des Durchschnittsalters bei der Geburt um 0,1 Jahre die Geburtenrate um 0,19 Kinder senkte. Folglich berechnen wir eine Zunahme der TFR um 0,19, käme das Aufschieben der Geburten in Deutschland zu einem sofortigen Ende.

Das fünfte Szenario verbildlicht den Verlauf der TFR unter der Annahme eines sofortigen Stopps des Geburtenaufschubs sowie eines schrittweisen Vorziehens des Alters von Müttern bei Geburt ihrer Kinder um ein Jahr und einer dadurch ausgelösten höheren Kohortenfertilität von 3 Prozent. Dieses „Top-Szenario“ würde zu einem Anstieg der Geburtenrate auf 1,64 Kinder pro Frau im Jahr 2017 und ab 2037 zu einer konstanten Geburtenrate von 1,57 Kindern pro Frau führen.

Abbildung 15: TFR unter Zeit-Szenario

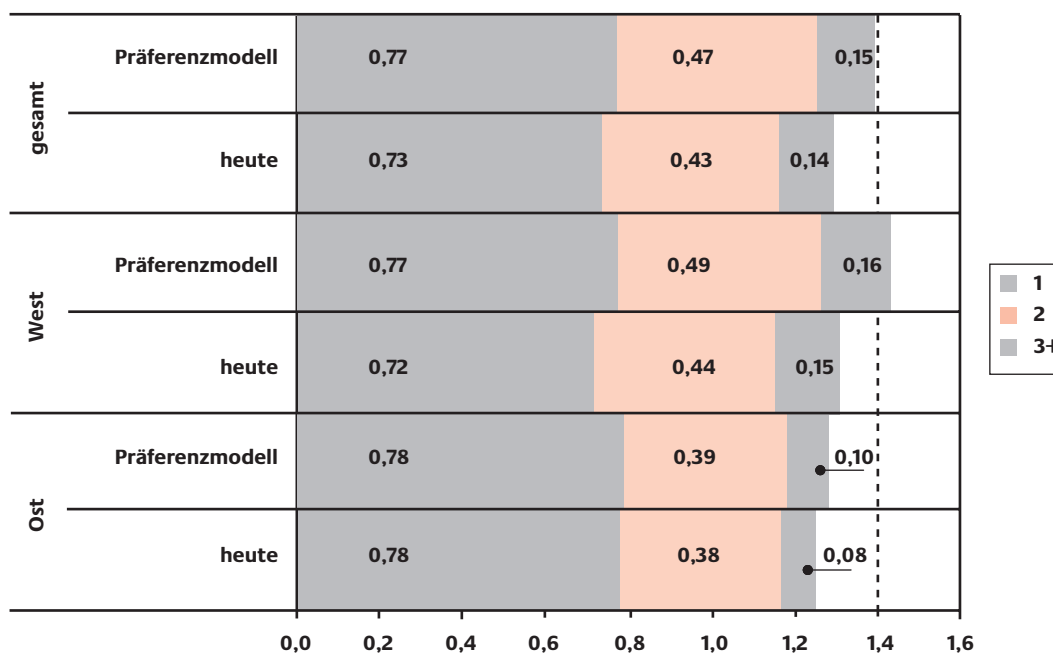


Quelle: Daten für 2003: Statistisches Bundesamt, Altersspezifische Geburtenziffern 2003, Altersjahrmethode

Neben dem Zeitmodell spielen die Präferenzen eine prägende Rolle, wenn es um die Entscheidung für Kinder geht. Wir konnten bereits deutlich machen, dass die Wirklichkeit, hier abgebildet über die Daten des Mikrozensus, nicht immer mit den gewünschten Präferenzen nach den Daten des Familiensurveys übereinstimmt. So arbeiten im Mikrozensus

40 Prozent der 40- bis 44-jährigen Frauen Vollzeit, im Präferenzmodell (Familiensurvey) wünschen sich das jedoch nur 20 Prozent der 40- bis 44-Jährigen. Gleichzeitig wurde bereits in Abbildung 13 (Geburtenrate 40- bis 44-jähriger Frauen nach Arbeitstypen) dargelegt, dass sich die verschiedenen Arbeitstypen, also Vollzeit-, Teilzeit- und Hausfrauen, in ihrer Geburtenrate deutlich unterscheiden. Deshalb haben wir im Folgenden angenommen, dass die Hälfte der voll erwerbstätigen 40- bis 44-jährigen Frauen Teilzeit erwerbstätig wäre und entsprechend auch die größere Kinderzahl der heute Teilzeit erwerbstätigen Frauen hätte. Unter dieser Annahme wäre die Geburtenrate der 40- bis 44-Jährigen um 0,1 Kinder pro Frau höher. Die folgende Abbildung 16 verdeutlicht unsere Ergebnisse, wobei der Balken „heute“ jeweils die Wirklichkeit des Mikrozensus darstellt und der Balken „Präferenzmodell“ die Zunahme der Geburtenrate, wenn ein Teil der heute Vollzeit erwerbstätigen Frauen entsprechend ihrer Präferenz Teilzeit arbeiten würde.

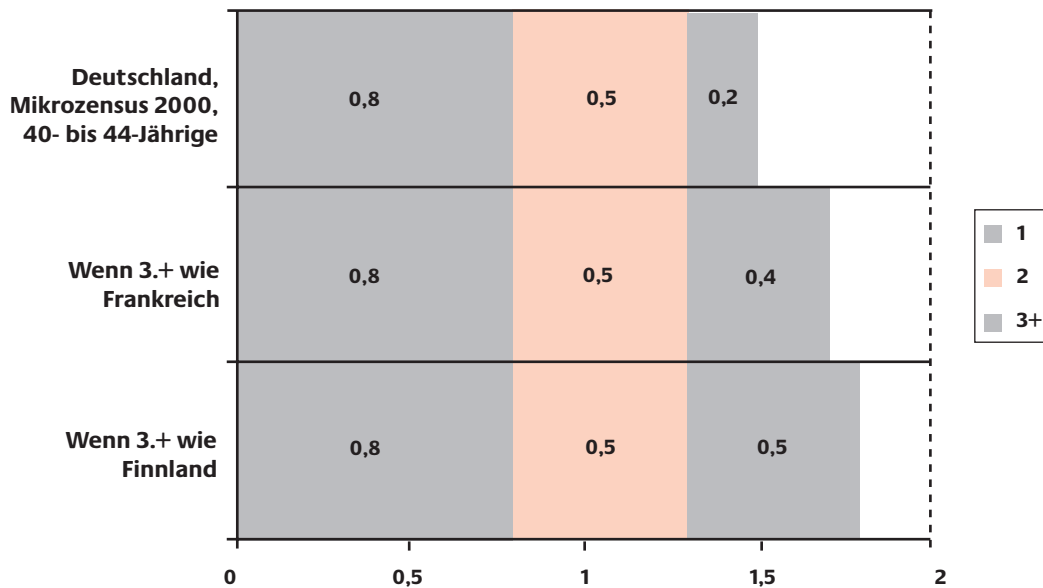
Abbildung 16: TFR unter Präferenz-Szenario



Quelle: Deutsches Jugendinstitut Familiensurvey 2000, Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen

Eine weitere Zunahme der Geburtenrate wäre zu erwarten, wenn in Deutschland mehr dritte und vierte Kinder geboren würden. Wir haben uns in unseren Berechnungen auf Daten aus Frankreich und Finnland gestützt und kommen zu dem Ergebnis, dass die Geburtenrate der 40- bis 44-jährigen Frauen um 0,2 bis 0,3 Kinder pro Frau höher wäre, wenn es in Deutschland so viele dritte und vierte Kinder gäbe wie in Frankreich oder Finnland.

Abbildung 17: TFR unter Mehrkinder-Szenario



Quelle: Mikrozensus 2000, Eurostat, United Nations Population Division, eigene Berechnungen

Nun ist nicht davon auszugehen, dass durch familienpolitische Maßnahmen eine Kumulation aller Effekte erreicht werden kann. Es ist völlig unrealistisch anzunehmen, dass eine geringere Kinderlosigkeit, mehr Mehrkinderfamilien, mehr Teilzeit arbeitende Frauen und eine frühere Geburt des ersten Kindes dazu führen, dass die einzelnen recht geringen Effekte von 0,1 bis 0,2 sich auf Dauer addieren und die Geburtenrate auf über 2 erhöhen. Wir haben diese Szenarien hier durchgerechnet, um deutlich zu machen, dass eine Familienpolitik, die sich nur auf eine Maßnahme konzentriert, nur sehr geringe Effekte hervorrufen kann, während eine integrative Konzeption möglicherweise doch dazu beitragen kann, dass sich Deutschland wieder dem europäischen Durchschnitt nähert. Das gesellschaftliche Interesse an einer solchen Politik sollte aber nicht damit begründet werden, dass nur auf diese Weise unsere Alterssicherungssysteme auf Dauer gesichert werden können. Vielmehr liegt das gesellschaftliche Interesse an einer nachhaltigen Familienpolitik, die sich auch mit Fragen der Fertilität befasst, gerade darin, dass Gesellschaften ohne Kinder nicht zukunftsfähig sind. Ohne Kinder reduziert sich die Zukunftsperspektive einer Gesellschaft auf 30 bis 40 Jahre, nämlich auf die Lebenszeit der aktiven Bevölkerung. In dieser Zukunftsfähigkeit treffen sich gesellschaftliche Interessen und die Interessen von Paaren, die ihre eigene individuelle Zukunft mit Kindern gestalten wollen. Diese Zukunftsorientierung setzt aber voraus, dass eine Gesellschaft im Rahmen einer nachhaltigen Familienpolitik eben auch sicherstellt, dass junge Paare, Eltern und Familien auch subjektiv das Gefühl haben, dass diese Gesellschaft ihnen die Möglichkeit gibt, ihre individuelle Zukunft auf der Basis ihrer persönlichen Lebensentscheidungen und persönlichen Präferenzen zu konstruieren und nicht durch die politische Gestaltung der Lebensverläufe der jungen Erwachsenen unter Bevorzugung einzelner Lebensentwürfe und Lebensformen versucht wird, diese Zukunftsgestaltungen zu normieren.

VII.

Auflösung der Rushhour

Die steigende Kinderlosigkeit als Folge einer größeren Optionsvielfalt im Lebensverlauf junger Erwachsener, die geringere Heiratsneigung, mit verursacht durch eine sehr lange ökonomische Abhängigkeit insbesondere hoch qualifizierter junger Erwachsener, und unterschiedliche Vorstellungen von Lebensstilen bei Frauen und Müttern können im Rahmen einer nachhaltigen Familienpolitik nur begrenzt beeinflusst werden, weil sich der Staat in einer demokratischen Gesellschaft gegenüber den persönlichen Lebensentwürfen seiner Bürger neutral zu verhalten hat. Aber auch wenn man akzeptiert, dass viele dieser Phänomene Ausdruck tief greifender Veränderungen einer Gesellschaft sind, die sich von einer Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft verändert, darf nicht übersehen werden, dass der Staat selbst die Lebensentscheidungen seiner Bürger massiv beeinflusst. Denn auch in einer demokratischen Gesellschaft legt der Staat fest, wie lange die Ausbildungszeiten bis zur beruflichen Selbstständigkeit dauern, er bestimmt das Qualifikationsniveau für viele Berufe und definiert die notwendige Dauer der Berufszeit bis zum Renteneintritt. Selbst in den privaten Bereich der Familie greift er regulierend ein, indem er beispielsweise die Dauer von Erziehungszeiten oder den Rückkehranspruch in eine bestimmte Berufsposition nach der Erziehungszeit garantiert. Durch die Vormittagsschule definiert der Staat die zeitliche Verantwortung der Eltern für ihre Kinder, wie er durch das Schuleintrittsalter die Struktur des familiären Lebens zeitlich beeinflusst.

Diese Eingriffe in die private Lebensführung und in die privaten Lebensentscheidungen, die der Staat vornimmt, werden in der Regel als gegeben hingenommen. Es wird kaum darüber nachgedacht, ob die Entscheidungen über die zeitliche Strukturierung der Lebensverläufe durch den Staat immer sinnvoll sind. Die Ausdehnung der Bildungszeit ist unter einer ökonomischen Perspektive richtig, weil dadurch die Basis für die sich entwickelnde Wissensgesellschaft geschaffen worden ist. In Bezug auf die Entwicklung familiärer Lebensformen und die Entscheidung zum Kind sind jedoch nicht intendierte Nebeneffekte entstanden. Denn die Mehrheit der Bevölkerung in den 60er und frühen 70er Jahren hatte spätestens mit dem 21. bis 23. Lebensjahr ihre ökonomische Selbstständigkeit erreicht und damit auch die Möglichkeit, eine eigene Zukunftsplanung unabhängig von den Eltern zu entwickeln. Heute ist das für etwa 40 Prozent eines Altersjahrgangs nicht mehr möglich, da diese 40 Prozent ihre ökonomische Selbstständigkeit erst nach dem 26. bis 28. Lebensjahr erreichen – mit der Konsequenz, dass für den Aufbau einer stabilen zukunftsorientierten Partnerschaft und Familie mit eigenen Kindern allenfalls noch fünf bis sieben Jahre zur Verfügung stehen bei gleichzeitiger Notwendigkeit, sich auch ökonomisch und beruflich zu etablieren. Bittman (2004) spricht daher ganz zu Recht von einer „Rushhour“, die im Lebensverlauf junger Erwachsener neu entstanden ist, und dies paradoxerweise zu einem Zeitpunkt, in dem sich gleichzeitig die Lebenserwartung dieser junge Leute um fünf bis zehn Jahre verlängert hat.

Diese Rushhour ist keine von den jungen Erwachsenen selbst gewählte Form der Lebensführung, sondern Ergebnis unkoordinierten staatlichen Handelns, das bei der Expansion der Zeit für Bildung nicht die Bedeutung der dadurch zunehmenden ökonomischen Abhängigkeit der jungen Erwachsenen von ihren Eltern in ihren Konsequenzen für Partnerschaft und Familiengründung reflektiert hat. Die zunehmende Optionsvielfalt der jungen Erwachsenen mit hoch qualifizierter Ausbildung wird eine demokratische Gesellschaft mit einer nachhaltigen Familienpolitik, die gegenüber den Lebensentwürfen der jungen Generation genauso neutral sein muss wie gegenüber den Lebensentwürfen der gegenwärtigen Erwachsenengeneration, nicht nur hinnehmen müssen, sondern sogar fördern und unterstützen. Denn eine Wissensgesellschaft lebt davon, dass die jungen Erwachsenen sich in unterschiedlichen und vielfältigen beruflichen Bereichen ausprobieren. Daher wird es in einer solchen Gesellschaft auch immer einen höheren Anteil an Kinderlosigkeit geben als in der Industriegesellschaft mit einem geringeren Qualifikationsniveau und weniger Zukunftsoptionen als in einer Wissensgesellschaft. Die zunehmend längere insbesondere ökonomische Abhängigkeit der nachwachsenden Generation von ihren Eltern – und der damit verbundene Verzicht auf Partnerschaft als einer eigenen Zukunftsoption mit Kindern – ist aber Ergebnis der Tatsache, dass der Staat die ökonomischen Kosten für die Expansion des Humankapitals im Wesentlichen auf die Eltern abgewälzt hat. Hier gibt es nicht nur politischen Handlungsbedarf, sondern auch klar ausdifferenzierte politische Handlungsstrategien aus anderen europäischen Ländern. Diese beruhen wesentlich darauf, jungen Erwachsenen, die sich noch in der Ausbildung befinden, direkt durch den Staat und nicht über die Eltern zu unterstützen, wenn sich diese jungen Erwachsenen für eine eigene Familie mit Kindern entscheiden. Dahinter steht die klare Einsicht, dass die Entscheidung für Kinder erst dann getroffen wird, wenn man sich von der Herkunftsfamilie gelöst hat, um eine eigene Familie zu gründen.

VIII.

Fragt die Frauen!

Mehrfach haben wir darauf hingewiesen, dass aus unserer Sicht eine nachhaltige Familienpolitik nur dann Erfolg haben wird, wenn sie die unterschiedlichen Werte und Präferenzen von jungen Männern und Frauen für ihre eigene Lebensführung akzeptiert. Das Modell von Hakim, das sich auch in Deutschland empirisch bestätigen lässt, unterscheidet nicht nur drei Wertemuster der Lebensführung bei Frauen, sondern macht auch deutlich, dass zwischen Männern und Frauen deutliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Lebensperspektiven zu beobachten sind. Während Männer ihre Lebensentwürfe mehrheitlich durch ihre Berufsrolle definieren, lassen sich bei Frauen drei unterschiedliche Lebensentwürfe differenzieren, von denen nur einer dem dominant männlichen, berufsorientierten Muster entspricht; dieser wird aber nur von einer kleineren Gruppe von etwa 20 Prozent der hier untersuchten Frauen vertreten. Die größte Gruppe der Frauen vertritt ein adaptives Lebensmodell, in dem die Fürsorge für Kinder in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder und das berufliche Engagement kombiniert werden sollen. Eine dritte Frauengruppe vertritt das klassische Modell der Hausfrau und Mutter, in dem die Haushaltsführung, die Sorge für die Familie und Kinder zentrale Lebensinhalte sind. Mit Hakim kann angenommen werden, dass sich die Berufswelt in ihren Anforderungen zunehmend unabhängig von Geschlechterrollen und Normen entwickeln wird, weil in einer Dienstleistungsgesellschaft viele typisch männliche Berufe wie der Industriearbeiter verschwinden und neue Berufe nicht mehr notwendigerweise so geschlechtstypisch ausgeprägt sein werden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Entwicklung der Berufswelt in der privaten Lebensführung damit beantwortet werden soll, dass die typisch männlichen Berufs- und Lebensmuster zum Maßstab der zukünftigen privaten Lebensführung werden sollen oder ob eine Gesellschaft nicht auch akzeptieren muss, dass zumindest für eine vorhersehbare Zeit die Lebensmuster und Lebensvorstellungen der Mehrzahl der Frauen sich nicht an diesen männlichen Maßstäben orientiert. Aus einer wissenschaftlichen Perspektive lassen sich diese Zusammenhänge nur beschreiben, die Entscheidung darüber, ob die unterschiedlichen Präferenzen für Lebensführungen von Frauen auch politisch berücksichtigt werden, ist eine Frage der politischen Diskussion.

Unter der Perspektive einer nachhaltigen Familienpolitik gibt es aber eine ganze Reihe von Gründen und auch Strategien, die dafür sprechen, die Formel von Hakim „Fragt die Frauen!“ auch politisch ernst zu nehmen. Denn man kann davon ausgehen, dass junge Erwachsene, die sich auf der Basis persönlicher Motive und gemeinsamer Zukunftsvorstellungen mit ihrem Partner für eine selbst verantwortliche Elternschaft entscheiden, diese von ihnen übernommene Verantwortung für Kinder dann am besten realisieren können, wenn sie die Lebensvorstellungen, die sie sich hinsichtlich ihrer privaten Lebensführung und Elternschaft gemacht haben, auch umsetzen können. Unter einer politischen Perspektive heißt das allerdings, dass Staat und Gesellschaft dieses nicht nur akzeptieren, sondern im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik zumindest versuchen, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass solche individuellen Optionen auch umgesetzt werden können. Die Legitimation für solche politischen Maßnahmen liegt aus unserer Sicht nicht darin, Gebur-

tenraten in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Vielmehr ist der zentrale Sinn solcher Maßnahmen darin zu sehen, dass Staat und Gesellschaft hier zumindest teilweise sicherstellen können, dass auch zukünftige Generationen einen Gestaltungsspielraum für ihre eigene persönliche Zukunft haben. Und es ist auch davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche, die mit Eltern aufwachsen, die mit ihren Kindern gemeinsam persönliche Lebensmodelle realisieren konnten, ihren Kindern auch das Gefühl und die Einsicht vermitteln können, dass in einer hoch komplexen Welt mit einer Vielzahl neuer Anforderungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Familie private Verpflichtungen zwischen Menschen und Solidarität zwischen den Generationen nicht nur gelebt werden können, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Zukunftsgestaltung der Eltern sind. Denn nur wenn die Kinder das Gefühl haben, dass die Lebensentwürfe, die ihre Eltern leben, auch aus der Sicht der Eltern positive Lebensentwürfe sind, können sich die Kinder auch damit identifizieren.

Ohne Frage hat eine solche nachhaltige Familienpolitik nur dann eine Chance, diese Rahmenbedingungen zu schaffen, wenn die verschiedenen Instrumente familienpolitischen Handelns diese unterschiedlichen Präferenzen reflektieren. Wir haben schon weiter oben darauf hingewiesen, dass insbesondere die Zeitpolitik, die die Organisation von Lebensverläufen wie aber auch die Organisation der täglichen Arbeitszeit betrifft, als eine gemeinsame Aufgabe von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften anzusehen ist, um sicherzustellen, dass solche insbesondere adaptiven Lebensmodelle nicht nur gelebt werden können, sondern auch nicht zu beruflichen Nachteilen im Lebensverlauf führen, weil die Arbeitswelt an dem männlichen Normallebensentwurf festhält.

Wir sind allerdings auch der Meinung, dass die Einführung eines Elterngeldes als Lohnersatz sowohl Modelle der Vollerwerbstätigkeit wie aber auch das Modell der adaptiven Lebensführung positiv unterstützen kann. Denn in einem Modell des Elterngeldes als Lohnersatz wird deutlich gemacht, dass die Entscheidung, sich für eine bestimmte Zeit verantwortlich um das eigene Kind zu kümmern, aus gesellschaftlicher Sicht genauso wichtig ist wie der Beruf, der gerade ausgeübt wird. Ein solches Elterngeld macht aber auch deutlich, dass diejenigen, die eine persönliche Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, deswegen nicht auf ihre eigene ökonomische Selbstständigkeit verzichten müssen. Private Verantwortung für die Kinder in unserer Gesellschaft heißt nicht, sich nun in die ökonomische Abhängigkeit vom Ehemann zu begeben, nur weil die Frau einen anderen Lebensentwurf als den männlichen präferiert und lebt. Dass die nordeuropäischen Staaten, die das Elterngeld eingeführt haben, auf diese Weise auch das Problem der Kinderarmut viel besser lösen als Deutschland, sei nur am Rande vermerkt, denn bei der Zahlung eines Elterngeldes ist die Hilfe zum Lebensunterhalt keine wirkliche Option der Lebensgestaltung.

Wenn es darüber hinaus gelingt, dass Kommunen und Betriebe Kinderbetreuungseinrichtungen und Infrastruktur für Kinder so entwickeln und gleichzeitig auch die betriebliche Alltagsorganisation so strukturieren, dass die Lebensbedürfnisse von Kindern und die Lebensvorstellungen der Eltern hier Unterstützung finden, dann kann erwartet werden, dass voll erwerbstätige und adaptive Lebensmodelle realisiert werden können.

Hinsichtlich der Lebensentscheidungen von Müttern, die sich für mehr Kinder und die Führung des Haushalts als Lebenssinn entscheiden, gibt es in Frankreich steuerpolitische und familienpolitische Konzepte, die im Rahmen dieses Gutachtens nicht dargestellt werden können; deren Konzeption und Strukturen befinden sich im Anhang.

IX.

Zusammenfassung

Wir haben in diesem Gutachten die ökonomische Perspektive auf nachhaltige Familienpolitik um einige demographische und soziologische Argumente erweitert. Diese Erweiterung ist unter anderem deshalb notwendig, weil die geringe Geburtenrate in Deutschland nicht allein durch hohe Kinderlosigkeit erklärt werden kann. Eine Aufgliederung der Geburtenrate in ihre Anteile an ersten, zweiten, dritten und vierten Kindern macht deutlich, dass der Geburtenrückgang in Deutschland wie in den USA und anderen europäischen Ländern das Ergebnis des Verschwindens der Mehrkinderfamilie ist. Auch im Vergleich Deutschlands mit Ländern mit höheren Geburtenraten liegt der entscheidende Unterschied im Wesentlichen in der unterschiedlichen Entscheidung für Mehrkinderfamilien.

Diese Differenziertheit macht die Notwendigkeit nachhaltiger Familienpolitik deutlich, unterschiedliche Lebensvorstellungen und Planungen zur Familiengründung und Erweiterung zu unterstützen. Der Deutsch-U.S.-Amerikanische-Vergleich zeigt, dass sowohl die Ausbildung als auch die erreichte Berufsposition die beiden zentralen Faktoren für die individuelle Entscheidung sind, ohne Kinder zu leben. Eine hochqualifizierte Ausbildung, beruflicher Erfolg und die Zugehörigkeit zur obersten Einkommensgruppe scheinen nur dann erreichbar zu sein, wenn die berufliche Karriere in den Vordergrund und andere Optionen im Leben wie Kinder demgegenüber geringer gewichtet werden. Die Entscheidung für ein Kind als Teil der eigenen Zukunft hängt davon abgesehen ganz entscheidend davon ab, ob man diese Zukunft zusammen mit einem Partner gestalten kann. Die Ausdehnung der Bildungszeiten bei gleichzeitig weiter bestehender Verantwortlichkeit der Eltern für die ökonomische Existenzsicherung der Kinder bis zum Berufseintritt führt notwendigerweise dazu, dass eine gemeinsame neue Zukunft mit einem Partner und mit Kindern im Laufe dieser langen Bildungsphase zunehmend aus den Zukunftsoptionen der jungen Erwachsenen schwindet. Die Handlungsmöglichkeiten junger Erwachsener haben sich so ausgeweitet, dass sie zwischen unterschiedlichen Präferenzen wählen können. Sowohl in den USA als auch in Deutschland scheinen sich die Personen mit der höchsten Qualifikation und einer hohen Karriereorientierung zunehmend für ein Leben ohne Kinder zu entscheiden.

Wir folgen im Wesentlichen Catherine Hakim von der London School of Economics, die fordert: „Fragt die Frauen!“ Die Berücksichtigung von Präferenzen und Einstellungen ergibt differenzierte Lebensentwürfe. Junge Frauen stellen in sich keine homogene Gruppe dar und ihre Motive und Einstellungen unterscheiden sich zudem deutlich von männlichen Lebensentwürfen. Hakim unterscheidet drei Lebensstile: ausschließlich berufsorientierte Frauen, familien- und haushaltsorientierte Frauen sowie adaptive Frauen, welche die Vereinbarkeit der beiden Lebenswelten Familie und Beruf wünschen.

Unsere Ergebnisse aus Daten des Familiensurvey zeigen für Deutschland eine ähnliche Struktur wie Hakims Daten aus Spanien und England. Den größten Anteil bildet mit 60 Prozent die Gruppe der adaptiven Frauen, gefolgt von den berufsorientierten Frauen, die ungefähr ein Viertel ausmachen. 14 Prozent der Frauen präferieren das Hausfrau-Modell. Beim Vergleich dieser Präferenzmodelle mit dem tatsächlichen Verhalten zeigen sich deutliche Diskrepanzen. Daten des Mikrozensus ergeben, dass in Deutschland weniger Frauen Teilzeit und mehr Frauen Hausfrau bzw. Vollzeit beschäftigt sind als es das Präferenzmodell vermuten ließe. Wir haben bei unserer Analyse nur Frauen mit Kindern unter 15 Jahren betrachtet. Hier zeigen sich starke Abhängigkeiten zwischen dem gewählten Arbeitstyp und dem höchsten erreichten Schulabschluss, dem Einkommen sowie dem Lebensalter und der Anzahl der Kinder. So sind Frauen mit Hochschulreife deutlich häufiger Vollzeit beschäftigt und seltener Hausfrau als Frauen mit Hauptschulabschluss. Mit steigenden Pro-Kopf-Familien-Nettoeinkommen sinkt der Anteil der Hausfrauen. Das Alter der Kinder ist insofern bedeutsam, als dass Frauen mit Kindern unter drei Jahren doppelt so häufig zu Hause sind wie Frauen mit Kindern im Schulalter zwischen sechs und 15 Jahren. Die jeweilige Veränderung zwischen den drei Präferenzen, nämlich Abnahme der Hausfrauenrolle, vollzieht sich immer in Richtung auf Teilzeit-, nicht aber auf Vollzeittätigkeit. Mit zunehmender Kinderzahl steigt der Anteil der „Homecentred“-Frauen deutlich an, der Anteil der Voll- und Teilzeit erwerbstätigen Frauen nimmt ab.

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass die deutliche Mehrheit der befragten Mütter ein Modell präferiert, das ihnen die Gestaltung der Erwerbstätigkeit auch in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder ermöglicht, um auch die Bedürfnisse der Kinder in die Zeitstrukturen des Erwerbslebens mit einbauen zu können. Die subjektiven Entscheidungen für unterschiedliche Lebensstile müssen von Staat und Gesellschaft akzeptiert werden. Eine nachhaltige Familienpolitik, die in ihrer Grundstruktur nicht auf diese unterschiedlichen Präferenzen mit unterschiedlichen Optionen reagiert, wird immer bestimmte Gruppen von Frauen und Müttern nicht ansprechen. Die Reaktionen der verschiedenen Frauen auf familienpolitische Maßnahmen fallen entsprechend ihrer Präferenzen natürlich sehr unterschiedlich aus. Während berufsorientierte Frauen empfänglich für alle Maßnahmen sind, die ihre beruflichen Orientierungen und Entfaltungsmöglichkeiten unterstützen, profitieren familien- und haushaltsorientierte Frauen von Familien- und Sozialpolitiken. Adaptive Frauen sind offen für alle Formen von Zeit- und Infrastrukturpolitik, die helfen, die beiden Lebensbereiche Familie und Erwerbstätigkeit leichter miteinander zu vereinbaren. Auch sind sie ein besonderer Adressat für eine Politik, die die Benachteiligungen, die sich aus solchen adaptiven Lebensentwürfen ergeben, aufhebt oder doch zumindest mindert. Nur ein intelligenter Mix aus Zeitoptionen, Infrastrukturangeboten und Geldtransfers kann diesen unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht werden.

X.

Literatur

- BACCI, M. L. (1999). EUROPA UND SEINE MENSCHEN. EINE BEVÖLKERUNGSGESCHICHTE. C.H.BECK.
- BACHU, A. (1999). TRENDS IN PREMATRITAL CHILDBEARING: 1930–1994. CURRENT POPULATION REPORT, P23–197.
- BARBIER, J.-C. (1990). WIE LÄSST SICH EUROPÄISCHE FAMILIENPOLITIK VERGLEICHEN? EINIGE METHODOLOGISCHE PROBLEME. INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALE SICHERHEIT, 43, 343–59.
- BERTRAM, H. (HRSG.) (1991). DIE FAMILIE IN WESTDEUTSCHLAND. WANDEL UND ENTWICKLUNG FAMILIALER LEBENSFORMEN. DJI FAMILIENSURVEY 1.
- BERTRAM, H. (HRSG.) (1995). DAS INDIVIDUUM UND SEINE FAMILIE. LEBENSFORMEN, FAMILIENBEZIEHUNGEN UND LEBENSEREIGNISSE IM ERWACHSENENALTER. DJI: FAMILIEN-SURVEY 4.
- BIEN, W., & RATHGEBER, R. (2000). DIE FAMILIE IN DER SOZIALBERICHTERSTATTUNG. EIN EUROPÄISCHER VERGLEICH. DJI FAMILIENSURVEY 3.
- BITTMAN, M. (2004). PARENTING AND EMPLOYMENT: WHAT TIME-USE SURVEYS SHOW. IN: N. FOLBRE, & M. BITTMAN. THE SOCIAL ORGANISATION OF CARE. LONDON/NEW YORK. ROUTLEDGE.
- BORSCHIED, P. (1994). VON JUNGFERN, HAGESTOLZEN UND SINGLES. DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES ALLEINLEBENS. IN: GRÄBE, SYLVIA (HG.). LEBENSFORM EINPERSONENHAUSHALT. HERAUSFORDERUNGEN AN WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND POLITIK (S. 23–53), FRANKFURT/NEW YORK: CAMPUS.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (1968). BERICHT ÜBER DIE LAGE DER FAMILIEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. ERSTER FAMILIENBERICHT. DRUCKSACHE, V/2532.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2005). MONITOR FAMILIENDEMOGRAPHIE. DEUTSCHLAND: KINDERLOS TROTZ KINDERWUNSCH, 01/03.
- BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN (HRSG.) (2004). DEUTSCHLAND VOR DER DEMOGRAPHISCHEN HERAUSFORDERUNG. INTERESSE. INFORMATIONEN, DATEN, HINTERGRÜNDE. 11/04.
- CASTLES, F. G. (2002). THREE FACTS ABOUT FERTILITY: CROSS-NATIONAL LESSONS FOR THE CURRENT DEBATE. FAMILY MATTERS, 63.
- COLEMAN, J. S. (1999). DIE ASYMMETRISCHE GESELLSCHAFT. VOM AUFWACHSEN MIT UNPERSÖNLICHEN SYSTEMEN. BELTZ.
- CUYVERS, P., SCHULZE, H.-J., KÜNZLER, J., & HOOGHIEMSTRA, E. (2003). PARTNERS ON FERTILITY AND DIVISION OF HOUSHOLD/CHILDCARE IN THE EUROPEAN UNION. EUROBAROMETER 59. A REPORT FOR THE EUROPEAN COMMISSION.
- DETER, G. (2003). FRANZÖSISCHE FAMILIENPOLITIK. FUNKTION UND ARBEITSWEISE DER CAISSE FAMILIALE IN FRANKREICH. KAS AI, 7/2003.
- ECKHARD, J., & KLEIN, T. (2004). KINDERWUNSCH, KINDERZAHL UND KINDERLOSIGKEIT VON MÄNNERN. EINE SONDERAUSWERTUNG DES FAMILIENSURVEYS. HEIDELBERG.
- ENGELHARDT, H., KÖGEL, T., & PRSKAWETZ, A. (2004). FERTILITY AND WOMEN'S EMPLOYMENT RECONSIDERED: A MACRO-LEVEL TIME SERIES ANALYSIS FOR DEVELOPED COUNTRIES, 1960–2000. POPULATION STUDIES, 58/1, 109–20.
- ESPING-ANDERSEN, G. (1999). SOCIAL FOUNDATIONS OF POSTINDUSTRIAL ECONOMIES. OXFORD UNIVERSITY PRESS.
- EUROSTAT. (2002). EUROSTAT JAHRBUCH. DER STATISTISCHE WEGWEISER DURCH EUROPA.
- FIELDS, J. (2004). AMERICA'S FAMILIES AND LIVING ARRANGEMENTS: 2003. CURRENT POPULATION REPORTS, P20–553. U.S. BUREAU OF CENSUS.
- HAKIM, C. (2003A). A NEW APPROACH TO EXPLAINING FERTILITY PATTERNS: PREFERENCE THEORY. POPULATION & DEVELOPMENT REVIEW, 29/3, 349–74.
- HAKIM, C. (2003B). COMPETING FAMILY MODELS, COMPETING SOCIAL POLICIES.

- HAKIM, C. (2003). *MODELS OF THE FAMILY IN MODERN SOCIETIES. IDEALS AND REALITIES*. ASHGATE.
- HAKIM, C. (2000). *WORK-LIFESTYLE CHOICES IN THE 21TH CENTURY. PREFERENCE THEORY*. OXFORD UNIVERSITY PRESS.
- HEWITT, P. S. (2002). THE END OF THE POSTWAR WELFARE STATES. *THE WASHINGTON QUARTERLY*, 25/2, 7–16.
- HIS (2000). *LEBENSORIENTIERUNGEN UND STUDIENMOTIVATION VON STUDIENANFÄNGERN*. HIS-KURZINFORMATION, A5/2000.
- HÖHN, C., POHL, K., HULLEN, G., DORBRITZ, J., ROLOFF, J., & U. A. (1992). *FERTILITY AND FAMILY SURVEY – FAMILIENBILDUNG UND KINDERWUNSCH IN DEUTSCHLAND*. BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG.
- KIERNAN, K. (2000). EUROPEAN PERSPECTIVES ON UNION FORMATION. IN: L. J. WAITE, C. BACHRACH, M. HINDIN, E. THOMSON, & A. THORNTON. *THE TIES THAT BIND*. (PP. 40–58). ALDINE.
- KLAMMER, U. (2004). *WORK-LIFE-BALANCE IN DEN NIEDERLANDEN. EINE EXPERTISE ZUM 7. FAMILIENBERICHT*. 1–56.
- KOHLER, H.-P., SKYTTHE, A., & CHRISTENSEN, K. (2001). THE AGE AT FIRST BIRTH AND COMPLETED FERTILITY RECONSIDERED: FINDINGS FROM A SAMPLE OF IDENTICAL TWINS. MPIDR WORKING PAPER, WP-2001-006.
- LAAKSONEN, H. (2000). *YOUNG ADULTS IN CHANGING WELFARE STATES. PROLONGED TRANSITIONS AND DELAYED ENTRIES FOR UNDER-30S IN FINLAND, SWEDEN AND GERMANY IN THE ,90S*. ARBEITSPAPIERE – MANNHEIMER ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE SOZIALFORSCHUNG, 12.
- LUTZ, W., & SKIRBEKK, V. (2004). HOW WOULD „TEMPO POLICIES“ WORK? EXPLORING THE EFFECT OF SCHOOL REFORMS ON PERIOD FERTILITY IN EUROPE.
- MEDIA-FORSCHUNG UND -SERVICE (2004). *GRÜNDE FÜR DEN VERZICHT AUF (WEITERE) KINDER. MEHR KINDER. MEHR LEBEN. ERGEBNISSE DER FORSA-BEFragung*, 10/04.
- OECD. (2001). *BALANCING WORK AND FAMILY LIFE: HELPING PARENTS INTO PAID EMPLOYMENT*. OECD EMPLOYMENT OUTLOOK, 129–66.
- PFEIL, E. (1961). *DIE BERUFSTÄTIGKEIT VON MÜTTERN. EINE EMPIRISCH-SOZIOLOGISCHE ERHEBUNG AN 900 MÜTTERN AUS VOLLSTÄNDIGEN FAMILIEN*. TÜBINGEN.
- RÜRUP, B., & GRUESCU, S. (2003). *NACHHALTIGE FAMILIENPOLITIK IM INTERESSE EINER AKTIVEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG. GUTACHTEN IM AUFTRAG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND*.
- SKIRBEKK, V., KOHLER, H.-P., & PRSKAWETZ, A. (2004). BIRTH MONTH, SCHOOL GRADUATION, AND THE TIMING OF BIRTHS AND MARRIAGES. *DEMOGRAPHY*, 41, 547–68.
- WASSERMAN, E. (2002). *THE DOOR IN THE DREAM: CONVERSATIONS WITH EMINENT WOMEN IN SCIENCE*. NATIONAL ACADEMIES PRESS.

XI.

Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

RENATE SCHMIDT/LIZ MOHN (HRSG.): FAMILIE BRINGT GEWINN. INNOVATION DURCH BALANCE VON FAMILIE UND ARBEITSWELT, GÜTERSLOH 2004

Das Buch wirbt für den ökonomischen Charme der Familie. Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur legen dar, wie alle von einer familienfreundlichen Unternehmenskultur profitieren können. Die Balance von Familie und Arbeitswelt wird nicht nur mit „harten“ Argumenten begründet, sondern handlungsorientiert durchbuchstabiert. Ein Serviceteil ergänzt das Buch mit Fakten und Trends sowie Kurzporträts wichtigster Studien und Handlungsfelder.

Im Buchhandel erhältlich zum Preis von 25,00 Euro oder direkt über den Verlag Bertelsmann Stiftung per Fax: 0 52 41/8 18 19 31 oder E-Mail: sabine.reimann@bertelsmann.de (ISBN: 3-89204-778-2).

EINNAHMEEFFEKTE BEIM AUSBAU VON KINDERTAGESBETREUUNG. WESENTLICHE ERGEBNISSE DES GUTACHTENS DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG BERLIN, HG. V. BMFSFJ, JANUAR 2003, ERGÄNZTE FASSUNG NOVEMBER 2004

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt Auskunft über die Relation von Investitionskosten und indirektem Gewinn beim Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Insgesamt bewegen sich die möglichen Mehreinnahmen sowohl im Bereich der Einkommensteuer als auch im Bereich der Sozialversicherung perspektivisch in Milliardenhöhe. Das Folgegutachten „Anreize für Kommunen, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitzustellen“ ergänzt und konkretisiert diese Ergebnisse aus kommunaler Perspektive.

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE FAMILIENFREUNDLICHER MASSNAHMEN. KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE, PROGNOSE AG, HG. V. BMFSFJ, SEPTEMBER 2003

Die vielbeachtete Studie der Prognos AG belegt den betriebswirtschaftlichen Effekt familienfreundlicher Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Rendite von 25 Prozent. Der betriebswirtschaftliche Nutzen übersteigt – auch kurzfristig betrachtet – die Investitionen deutlich. Die Einsparpotenziale auf Grund niedrigerer Überbrückungs-, Fluktuations- und Wiedereingliederungskosten bewegen sich für mittlere Unternehmen und selbst in einer derzeit angespannten Wirtschaftslage in einer Größenordnung von mehreren 100.000 Euro.

BEVÖLKERUNGSORIENTIERTE FAMILIENPOLITIK – EIN WACHSTUMSFAKTOR, HG. V. BMFSFJ, DEM INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT KÖLN UND DEM BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE E. V., NOVEMBER 2004

Langfristige Erfolge einer nachhaltigen Familienpolitik sind nur mit einem „Politik-Mix“ aus Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und betrieblicher Personalpolitik zu erwarten. Das gemeinsame Strategiepapier des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beschreibt die positiven Auswirkungen einer höheren Geburtenrate auf den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand unseres Landes und benennt zentrale Handlungsfelder.

NACHHALTIGE FAMILIENPOLITIK IM INTERESSE EINER AKTIVEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG, GUTACHTEN VON PROF. BERT RÜRUP, HG. V. BMFSFJ, NOVEMBER 2003

Vor dem Hintergrund der demographischen Trends untersucht der Wirtschaftssachverständige Bert Rürup ökonomische Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung und begründet die Notwendigkeit einer auf die Balance von Familie und Beruf orientierten nachhaltigen Familienpolitik. Einen überzeugenden Lösungsansatz sieht das Gutachten in einer neuen Kombination von unterstützender Infrastruktur, veränderter Elternzeit und familienfreundlicher Unternehmenskultur.

POTENZIALE ERSCHLIESSEN – FAMILIENATLAS 2005. HG. V. BMFSFJ, JANUAR 2005

Familienfreundlichkeit bringt Standortvorteile – dies ist das Ergebnis des „Familienatlas 2005“, den die Prognos AG in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Wochenzeitung DIE ZEIT erstellt hat. Mit dem Familienatlas liegt erstmals eine Bestandsaufnahme der Familienfreundlichkeit in Deutschland vor. Der Atlas gibt konkrete Hinweise, wie in den Regionen Wachstumschancen durch mehr Familienfreundlichkeit genutzt werden können.

NEWSLETTER „ZUKUNFT FAMILIE“

Alle zwei Monate informiert ein Newsletter über aktuelle Arbeitsschwerpunkte, Projekte und Veranstaltungen aus der Abteilung „Familie, Wohlfahrtspflege, Bürgerschaftliches Engagement“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Abonniert werden kann das elektronische Magazin im Servicebereich auf www.bmfsfj.de

NEWSLETTER „MONITOR FAMILIENDEMOGRAPHIE“

Dieser neue wissenschaftliche Informationsdienst bietet Kurzinformationen aus Forschung und Statistik rund um die Familien. Die erste Ausgabe widmet sich den Fakten und Folgen niedriger Kinderzahlen, Kinderwünsche und zunehmender Kinderlosigkeit in Deutschland. Der „Monitor Familiendemographie“ erscheint vierteljährlich online und wird in Zusammenarbeit mit der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg erstellt. Er kann unter www.bmfsfj.de abonniert werden.

Alle Publikationen können kostenfrei über den Publikationsversand der Bundesregierung bestellt werden:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09

18132 Rostock

Tel.: 0 18 88/80 80 800

Fax: 0 18 88/10 80 80 800

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Internet: www.bmfsfj.de

Impressum

Herausgeber:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Autoren:
Prof. Dr. Hans Bertram, Mikrosoziologe,
Humboldt-Universität zu Berlin
unter Mitarbeit von
Dipl. Soz. Wiebke Rösler und
Dipl. Soz. Nancy Ehlert
Berechnungen Mikrozensus: Stefan Stuth
Berechnungen Familiensurvey: Steffen Kohl
Berechnungen Geburtenziffern: Wiebke Rösler
Lektorat: Nicole Paul

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 018 88/80 80 800
Fax: 018 88/10 80 80 800
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de

Stand:
Mai 2005

Gestaltung:
KIWI GmbH, Osnabrück

Druck:
Koelblin-Fortuna-Druck, Baden-Baden

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben
und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 018 01/90 70 50*
Fax: 018 88/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 7–19 Uhr

* nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr 4,6 Cent,
sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute